

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3.60, monatlich 1.20 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtsige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 1.

Donnerstag, den 2. Januar 1919.

26. Jahrg.

Die neue Reichsverfassung,

wie sie der Nationalversammlung vorgelegt werden dürfte, reißt folgende Grundzüge auf: An die Spitze der Deutschen Republik wird ein vom ganzen Volke in direkter Wahl gewählter Präsident treten. Ueber diese Wahl selbst hoben noch Erwägungen.

Der Präsident wird in seinen Rechten ungefähr zwischen dem amerikanischen Präsidenten und dem englischen Königen. Wie der amerikanische Präsident wird er von dem ganzen Volke gewählt werden, aber zum Unterschiede von diesem in direkter Wahl. Während dagegen der amerikanische Präsident seine Staatssekretäre nach seinem Belieben nennt, soll der Präsident der deutschen Republik wie der König von England ein parlamentarisches Ministerium bilden. Selbstverständlich werden in einem solchen Ministerium nicht nur Personen Platz finden, welche den gesetzgebenden Körperschaften angehören, sondern auch Nichtparlamentarier, sofern sie nur der Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaften genehm sind.

Die gesetzgebenden Körperschaften selber werden bestehen: aus einem Volkshause, das aus allgemeinen direkten Wahlen hervorgeht und einem Staatenhause, dessen Mitglieder von den bundesstaatlichen gesetzgebenden Körperschaften gewählt werden. Gegen dieses Doppelsystem bestehen unwesentliche Einwendungen, als die bundesstaatlichen Parlamente künftighin, ebenso wie das Reichsparlament auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt gewählt werden. Das Staatenhaus ist auf der anderen Seite unbedingt notwendig, um dem starken föderativen Zuge des deutschen Volkes Genüge zu tun, insbesondere, wenn man die Angliederung Deutsch-Oesterreichs an Deutschland für die nächste Zeit oder später ins Auge faßt.

Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Häusern oder zwischen den gesetzgebenden Körperschaften und dem Präsidenten, soll der direkte Appell an das Volk in der Form des Referendums erfolgen.

In dem Staatenhause wird den einzelnen Staaten die Stimmenzahl nach einem bestimmten Bevölkerungsschlüssel zugeteilt werden, doch soll kein Staat mehr als 23 Stimmen erhalten, wobei angenommen wird, daß auf je eine Million Angehörige des deutschen Volkes eine Staatenhausstimme entfällt, so daß das Staatenhaus ungefähr 69 Stimmen zählen könnte. Die 23 Stimmen des größten Staates würden danach gleichviel wie hoch seine tatsächliche Bevölkerungszahl ist, höchstens ein Drittel darstellen.

Diese Bestimmung zeigt schon an, daß man eine Majorisierung der übrigen Bundesstaaten durch Preußen auf jeden Fall verhindern wird. Sie wird zugleich auch in der Richtung wirken, daß sich Preußen in mehrere große neue Verwaltungsgebiete auflöst. Man denkt daran, daß die künftigen Bundesstaaten eine durchschnittliche Größe haben sollen, deren untere Grenze bei drei bis vier Millionen, deren obere Grenze bei sieben bis acht Millionen liegt.

Die Formung des neuen Bundesstaates muß den lokalen und provincialen Bedürfnissen und Wünschen überlassen bleiben, wobei natürlich zwischen diesen Forderungen und den Interessen des Reiches ein billiger und notwendiger Ausgleich erzielt werden muß. Selbstverständlich wollen und müssen die Kleinstaaten dabei verschwinden. Auch dieser Entwicklungsprozeß wird wahrscheinlich durch eine Verfassungsbestimmung gefördert werden, indem man festsetzt, daß nur Staaten mit einer gewissen Bevölkerungsmindestzahl das Recht haben, in einem Staatenhause vertreten zu sein. Der Zusammenschluß der Kleinstaaten bedingt andererseits wiederum zum Teil eine andere Organisation der jetzigen großen Bundesstaaten. So ist z. B. ein Groß-Thüringen unmöglich, ohne daß der Regierungsbezirk Erfurt darin aufgeht, oder daß auch die geographisch und wirtschaftlich zu Thüringen gehörigen Teile Nordbayerns Anschluß finden.

Aus historischen und kommerziellen Interessen dürfte man auf die Selbständigkeit der Hansestädte, besonders Bremen und Hamburgs Wert legen, die natürlich aus Stadtrepubliken zu etwas erweiterten Gemeinwesen zu entwickeln wären, indem ihnen ebenfalls preußisches Hinterland angegliedert wird.

Was ist die demokratische Partei?

Ein neuer Sammlungsmischmasch halb- und ganzreaktionärer Elemente,

der unter geänderter Firma für die Wahlen zur Bürgerschaft und zur Nationalversammlung die Wähler einzufangen sucht. Diese ersten Zeilen werden bei unseren politischen Gegnern ein grauses Stirnzucken hervorrufen. Aber wir können nicht anders. Wir müssen jetzt gleich die Wahrheit suchen und ergründen, warum die Firmenänderung erfolgte und woher, aus welcher Konkursmasse die Teilhaber stammen.

Die Deutsche demokratische Partei setzt sich zusammen aus den früheren Nationalliberalen und den Fortschrittlichen oder Anhängern der Freisinnigen Volkspartei oder wie sie sonst heißen. Wie man bei Konkursen Aktien zusammenlegt, um das Geschäft zu erhalten, so auch hier. Die Nationalliberalen waren nach der Gründung des Deutschen Reiches 1870/71 die stärkste Partei des Reichstages (155 Mitglieder). Seit 1878 ging es mit ihr bergab.

Die Nationalliberalen stimmten allen Ausnahme-gesetzen gegen Zentrum, Polen, Elsass-Lothringen, Welfen und Sozialdemokraten zu.

Die Nationalliberalen waren gegen das gleiche Wahlrecht, gegen die uneingeschränkte Presse- und Versammlungsfreiheit, gegen das freie Koalitionsrecht der Arbeiter und der Beamten.

Allen Maßnahmen der Regierung gegen die Beamten stimmten sie zu. Auch die Verlängerung der Legislaturperioden von 3 auf 5 Jahre fand ihre Zustimmung.

Die Zuchthausvorlage fand bei dieser Partei die kräftigste Unterstützung. Diese Zuchthausvorlage richtete sich gegen Arbeiter und Beamte, welche ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollten.

In der Lübecker Bürgerschaft waren es die Nationalliberalen und ihr Anhang, die das schmachvolle Vierklassenwahlrecht einführten.

Bei jeder volksfeindlichen Handlung der herrschenden Regierung in Staat und Reich leisteten die Nationalliberalen Hilfsdienste. Die Nationalliberale Partei ist die Partei der Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften.

Allen indirekten Steuern, die das Volk und die kleinen Leute und Beamten aufs schwerste bedrückte, stimmte die Nationalliberale Partei zu.

Wähler, vergeht das nicht!

Was haben die „Fortschrittler“, „Freisinnigen“ oder wie sie sonst nannten, in der Vergangenheit getan, die die andere Hälfte der Deutschen demokratischen Partei bildet?

Diese Partei vertrat früher die Forderung des allgemeinen direkten Wahlrechts für alle staatlichen, Bezirks- und Gemeindeangelegenheiten. In dem Einigungsprogramm 1910 ließen sie diese politische Grundforderung fallen und schrieben die Reform des Kommunalwahlrechts in ihr Programm. Im reaktionären Sinne änderten sie ihr Programm und ließen für die Hansestädte Ausnahmen zu, um die Sozialdemokratie im Parlament niederzuhalten und der Volkserziehung Vorschub zu leisten.

Am 6. Juni 1908 schrieb die „Freisinnige Zeitung“: „Daß bei den Kommunalwahlen Lehrer, Postbeamte sozialdemokratisch gestimmt hätten. Also die Lehrer usw. wurden von dem freisinnigen Hauptorgan denunziert, daß sie sozialdemokratisch gewählt hätten!“

Bei den Wahlen vertraten Anhänger dieser Partei den Standpunkt, daß sozialdemokratische Kandidaten für die Beamten nicht in Betracht kämen, da eine solche Wahl von den Behörden als mit dem Diensteide, dem Treueverhältnisse und den besonderen Pflichten des Beamten absolut unvereinbar angesehen werde. Vom Frauenwahlrecht wollten die

nun vereinigten Liberalen bis zur Revolution nichts wissen! So vertrat oder richtiger jetzt der Teil der jetzigen Deutschen demokratischen Partei die Rechte der Beamten!

Die „Freisinnigen“ haben unter Führung von Dr. Mugdan im Reichstage die Verschlechterung der ganzen Versicherungsgeetze durchgesetzt. Bei der Abstimmung über die Selbstverwaltung der Klassen stimmten 24 mit „Ja“, 10 mit „Nein“ und die anderen Freisinnigen enthielten sich der Abstimmung.

Die Freisinnigen stimmten 1902 gegen die Ausdehnung der Invalidenversicherung auf das Handwerk, und traten gegen den Unfall-Vadens-Schluß und gegen die Sonntagsruhe auf. Mit Eugen Richter nannten die Freisinnigen die sozialpolitischen Geetze „einen unglücklichen Zug der Zeit.“ Bei dem Buchdruckerstreik 1891 schrieb die „Freisinnige Zeitung“: „Dieser Streik ist eine frische sozialdemokratische Kriegserklärung. Diejenigen Buchdruckereibesitzer, die die Forderungen der Arbeiter bewilligen, machen sich einer Begünstigung der Sozialdemokratie und der Untergrabung der bestehenden Gesellschaftsordnung schuldig.“ Dem Sprachenparagraf im Vereinsgesetz stimmten sie zu, nur 4 Mitglieder stimmten mit Nein! 1884 bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten von 90 Mitgliedern 27 für dieses Schandgesetz; ein großer Teil war abkommandiert worden. Bei Stichwahlen hat diese Partei sich größtenteils für die reaktionären Parteien entschieden. Bei den Hottentottenwahlen 1907 gingen sie mit den Reaktionen in den Wahlkampf, teilweise verzichteten sie auf eigene Kandidaten und stimmten für die Reaktionen.

Das volksfeindliche Gebaren dieser Parteien ist hiermit noch lange nicht erschöpft. Das Angeführte wird vorläufig genügen. Fortwährend hat diese Partei seit 20 Jahren die Firma geändert und ist dabei im Ansehen des Volkes immer tiefer gesunken, genau so wie die Nationalliberale Partei. Deshalb die Firmenänderungen!

Die neue Deutsche demokratische Partei hat eine Reihe sozialpolitischer Forderungen aus dem sozialdemokratischen Programm abgeschrieben. Die vereinigten Nationalliberalen und Fortschrittler sind über Nacht Republikaner geworden. Würde die Staatsform wieder geändert, so würden sie natürlich wieder Monarchisten. Sie haben das Milizsystem aus unserem Programm entnommen, von dem sie vor der Revolution nichts wissen wollten. Und so noch verschiedene andere Forderungen, die sie früher bekämpften und heute nur unter dem Zwange der Verhältnisse zu vertreten vorgeben.

Die Neugründung der Deutschen demokratischen Partei ist erfolgt, um dem Stimmungsumschwung der Masse entgegenzukommen, um Wähler einzufangen, die diesen vertrackten Parteien den Rücken gekehrt haben. Ohne Revolution wären sie geblieben was sie waren, volks- und beamtenfeindliche Gruppen.

Wähler, Beamte, Lehrer usw. vergeht diese Handlung dieser Gruppen nicht!

Wer wahrhaft demokratische Politik wünscht muß für die einzige demokratische Partei,

sich für die Sozialdemokratie

bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung und zur Bürgerschaft stimmen. Die Sozialdemokratie hat noch nie ihren Namen geändert; immermehr sind die Arbeiter, Lehrer und Beamten der Sozialdemokratie zugeströmt, die das Vertrauen zu den liberalen Parteien verloren hatten.

Das Programm der Sozialdemokratie ist 45 Jahre alt, während das Programm der Deutschen demokratischen Partei erst 14 Tage alt ist.

Deshalb stimmt nicht für die liberal-demokratische Wahlfirma, sondern

für die Sozialdemokratie!

Wahlung, Wähler! Wählerliste

Jeder wahlberechtigte Mann und jede Frau muß sich davon überzeugen, ob sie in der Wählerliste

Die Wahlen zur Nationalversammlung.

Für die Wahlen im besetzten Gebiet und zur Vorbereitung zu denselben hat das Oberkommando der Armee bestimmt, daß Passiergesuchscheine für die Ein- und Ausreise großzügig zu behandeln seien. Dies bedeutet eine wesentliche Erleichterung der Wahlen. Ausgeschlossen bleibt allerdings Elsaß-Lothringen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Einser zur Konterrevolution.

Im provisorischen Nationalrat erklärte Ministerpräsident Eisner, daß der Ministerrat die Schaffung einer Bürgerwehr ablehne. Er bedauere, daß einzelne Mitglieder der Regierung unter irigen Voraussetzungen den Aufruf unterschrieben haben. Das Ministerium sei einig in dem Entschluß, gegen jede Beförderung der revolutionären Erregenschaften mit allen Mitteln einzuschreiten. In Bayern seien im geheimen mit kapitalistischen Mitteln konterrevolutionäre Setzungen organisiert. Es seien zum Teil dieselben Männer, die sich an der alldeutschen Kriegspropaganda beteiligten. Er warnte die Mitglieder des Hauptsitzes, sich mit den konterrevolutionären Elementen einzulassen, als deren Führer auf dem flachen Lande er offen den Führer der bayerischen Volkspartei, Dr. Heim bezeichnete. Ein nationaler Gerichtshof werde sofort gebildet.

Die deutschen Offiziersverluste.

Nach den amtlichen Verlustlisten zusammengestellt, haben die Verluste an Offizieren in der Zeit vom 1. August 1914 bis Mitte September 1918 in der Armee folgende Zahlen erreicht:

	Offiziere des Reiches		
	aktive Offiziere	Reservisten	inaktive Offiziere
Am 1. 8. 14 vorhanden	19 826	29 230	20 000
Zugang während des Krieges	14 525	137 700	20 000
Davon tot	12 500	22 229	1 447
vermisst, wahrscheinlich tot	940	1 695	68
Zusammen:	17 440	24 124	1 515
Also Prozent:	89,1	14,4	7,5
Verwundet:	19 014	62 839	1 275
Gesamtverlust:	32 545	56 463	2 790
Also Prozent:	94,7	38,3	13,9

Der unersetzlich niedrige Verlust an inaktiven Offizieren erklärt sich daraus, daß diese zum großen Teil in der Steppe und in der Heimat verwendet sind, während die andern, hauptsächlich die aktiven Offiziere, an der Front standen.

Auflösung der preussischen Gutsbezirke.

Das preussische Ministerium des Innern hat an die zuständigen Regierungsstellen eine Verfügung erlassen, die bestimmt, daß mit der Auflösung der Gutsbezirke begonnen und die erforderlichen Schritte sofort eingeleitet werden sollen.

Eine Konferenz der sächsischen Regierungen

tagte in Stuttgart. Bayern, Württemberg, Baden und Hessen waren vertreten. Die Konferenz beschloß einstimmig, künftig gemeinsam für die Neuerrichtung des Reiches auf bundesstaatlicher Grundlage, für die Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung sowie auf friedliche Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich hinzuwirken. Die vier sächsischen Regierungen sind entschlossen, die politischen und sozialen Ziele der Revolution mit aller Schärfe weiter zu verfolgen und Störungen jeder Art mit Entschiedenheit abzuwehren. Die Verhältnisse in Berlin bedeuten nicht allein eine solche Störung und eine Gefährdung der Errungenschaften, sondern sie bedrohen auch die Einheit des Deutschen Reiches. Die Vertreter sind auch darin einig, in der Frage des Lebens mittelbezug aus dem Kaiserreich ein gemeinsames Vorgehen anzustreben. Die Konferenz wandte sich gegen die Vorgänge im Ruhrkohlengebiet und fordert von der Regierung Schaffung geordneter Zustände.

Kleine politische Nachrichten.

In Breslau wurde unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten die Frage der Bildung einer schließlichen Republik in absehendem Sinne entschieden. Dagegen wurde den oberdeutschen Delegierten eine Reihe von Forderungen, besonders auf kirchlichem und sprachlichem Gebiet, abgelehnt.

Der „Sozialist“ erklärt aus Riga, daß sich die russische Sowjetregierung gezwungen gesehen habe, durch Abkehr den Arbeitszwang für Arbeitslose einzuführen.

Unter Führung des Oberbürgermeisters Schneider in Köln hat eine neuwahlfähige Kommission zur Errichtung einer provisorischen sächsischen Republik im Rahmen des Deutschen Reiches gebildet.

Die das baltische Konvaleszenz in Bern mittels, ist eine Initiative für deutsche Schwenksichtige erlassen worden, so daß diese unter gewissen Voraussetzungen wieder nach Deutschland zurückkehren können.

Admiral Scheer, der Chef des Admiralfußes der Marine hat auf sein Gehalt den Abzicht mit der gesetzlichen Entschädigung erhalten.

Italien.

Ministerrat und Sozialdemokraten. Infolge des Scheiterns der Minister Schiavini und Peruzzi hat sich die sozialistische Union Italiens entschlossen, entschieden zur Opposition überzugehen. Alle Mitglieder werden gegen die Bildung einer Regierung werden, die nicht in wesentlichen Punkten für den Volkswahl, die Abweisung der Wahlgesetze und die Offenheit der Friedensverhandlungen eintritt und in der inneren Politik für die sofortige

Vorlegung eines greifbaren Reorganisationsentwurfes des Landes auf Grund der wirklichen Volkssouveränität.

England.

Arbeiterräte. Der Arbeiterbund von Manchester hat die Bildung eines Arbeiterrates nach russischem Muster beschlossen. „Daily Telegraph“ bemerkt zu dieser Nachricht: Die Welle des Bolschewismus greift immer mehr auch nach England über, wenn wir mit der bolschewistischen Bewegung in Deutschland nicht endgültig und durchgreifend Schluss machen. Wie wir hören, hat sich in Glasgow eine ausgesprochen stark bolschewistische Bewegung verbreitet.

Nus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 2. Januar.

Die Vollversammlung des erweiterten Arbeiter- und Soldatenrates

beschäftigte sich am Montag zunächst mit der Einrichtung der Sicherheitswehr. Über die Genosse Wilken berichtete. Er meinte zunächst, daß manche der jungen Soldaten die Revolution anscheinend als schrankenlose Freiheit der Persönlichkeit, Unordnung und Verzicht auf Staatseigentum ansehen. Um etwaigen Übergriffen vorzubeugen, und eine einwandfreie Truppe zu haben, war die Bildung der Wehr notwendig. Die Leute würden auch nicht zu hoch bezahlt. Wenn die republikanische Wehr in Berlin auf dem Posten gewesen wäre, hätten die Exzesse nicht vorkommen können. Nebenher schloß, daß ihm alle Beschwerden über die Sicherheitswehr gemeldet werden müßten. In der Ansprache wurde scharf gerügt, daß minderjährige Mädchen an den Tanzbelustigungen in den Quartieren teilnahmen. Die Sicherheitswehr habe auch dort scharf zu kontrollieren und Remedur zu

Frauen und Mädchen

beachtet:

Wer hat unangesehen für die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen gewirkt? — Die Sozialdemokratie!

Wer hat für ausgezehnten Schwangeren-, Mütter- und Säuglingschutz gewirkt? — Die Sozialdemokratie!

Wer hat unangesehen gesunde Wohnungen, ausreichende Ernährung für das arbeitende Volk verlangt? — Die Sozialdemokratie!

Wer ist immer für den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung eingetreten und wird auch in Zukunft dafür eintreten? — Die Sozialdemokratie!

Wer ist stets für eine ausreichende Familienunterstützung eingetreten? — Die Sozialdemokratie!

Darum wählt die Liste der Sozialdemokratie!

lassen. Hinaus berichtet Genosse Mehrlein über die Reichskonferenz der A- und S-Kräfte in Berlin. Der Verlauf der Verhandlungen ist ja unseren Lesern durch unsere Tagesberichte bekannt geworden. Nebenher beschränkte sich deshalb auch in der Hauptsache auf die Wiedergabe von Stimmungsbildern. Der stürmische Verlauf mußte aus der Revolution heraus erklärt werden. Seine Grundursachen lagen in dem Doppelcharakter der Regierung. Dasselbe war auch bei der Zusammenkunft des Berliner Volksrates der Fall. Auch die ungenügende Rede des „Leitenden“ habe viel zur Unruhe beigetragen. Wesentlich von dessen Ansprüchen sei nur die Abrechnung gewesen. Das Märchen von den 50 Millionen Ausgaben wurde geklärt. Es bleibt ein Gesamtbeitrag an Ausgaben bis 15. Dezember von 650 290 M. l. übrig. Sehr klar ging Mehrlein mit den Treiberinnen der Spartakusgruppe ins Gericht, die er als „Lieblichste Narrenklub“ bezeichnete. Erst am letzten Tage habe man zu rein positiver Arbeit übergehen können, als die Frage Katekangrah oder Nationalversammlung zu entscheiden war. Die Abstimmung habe große Freude hervorgerufen, zumal auch der größte Teil der Unabhängigen für die Nationalversammlung gestimmt habe. Die zweite große Aufgabe der Konferenz war die Schaffung des Zentralrates, um endlich von der Herrschaft der Groß-Berliner loszukommen. Dieser Zentralrat sei rein mehrheitssozialistisch zusammengesetzt. Von großer Bedeutung war dann der Antrag Ebermann, der die Nationalversammlung schon auf den 19. Januar verlegte. Ein Glanzpunkt des Kongresses sei endlich noch Genosse Dr. Silberding's Referat über die Sozialisierung gewesen. Auch die Ausführungen des Genossen Bickel, des Leiters der Bäckergemeinschaft, über die Verstaatlichung der Theater habe großes Aufsehen erregt. Leider sei durch Ablehnung des Antrages Samol der das Zusammengehen aller sozialdemokratischen Richtungen im Wahlkampf bezweckte, ein Mißton in den Schluss der Verhandlungen gekommen. Der achthellige Ton Ledebors hätte sehr dazu beigetragen, sodas feind der Führer der Unterabteilung Dr. Lauffenberg-Sambura sich gegen Ledebors wandte. Viel Verdienst um das Ansehen des Kongresses gebührte dem Vorredner Genossen Feinert, während Eger-Lozoya von den A- und S- der Situation nicht gewachsen gewesen sei. Das Ergebnis des Kongresses sei ein Sieg der Herrschaft, der Gerechtigkeit und der Demokratie. Hierfür sprach Genosse Rameder, Gauner, der der Konferenz ebenfalls beigewohnt hat. Er unterstrich die Ausführungen Mehrleins, schilderte die Zusammenfassung der Soldatenfraktion und verheißte sich dann über die militärischen Fragen, die der Kongress zu erledigen hatte. Eine Debatte wurde nicht bestritten und folgende Resolution — die auch der Reichsregierung telegraphisch übermittelt wurde — einstimmig angenommen:

Frauen und Mädchen

Wer hat unangesehen für die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen gewirkt? — Die Sozialdemokratie!

Wer hat für ausgezehnten Schwangeren-, Mütter- und Säuglingschutz gewirkt? — Die Sozialdemokratie!

Wer hat unangesehen gesunde Wohnungen, ausreichende Ernährung für das arbeitende Volk verlangt? — Die Sozialdemokratie!

Wer ist immer für den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung eingetreten und wird auch in Zukunft dafür eintreten? — Die Sozialdemokratie!

Wer ist stets für eine ausreichende Familienunterstützung eingetreten? — Die Sozialdemokratie!

Darum wählt die Liste der Sozialdemokratie!

lassen. Hinaus berichtet Genosse Mehrlein über die Reichskonferenz der A- und S-Kräfte in Berlin. Der Verlauf der Verhandlungen ist ja unseren Lesern durch unsere Tagesberichte bekannt geworden. Nebenher beschränkte sich deshalb auch in der Hauptsache auf die Wiedergabe von Stimmungsbildern. Der stürmische Verlauf mußte aus der Revolution heraus erklärt werden. Seine Grundursachen lagen in dem Doppelcharakter der Regierung. Dasselbe war auch bei der Zusammenkunft des Berliner Volksrates der Fall. Auch die ungenügende Rede des „Leitenden“ habe viel zur Unruhe beigetragen. Wesentlich von dessen Ansprüchen sei nur die Abrechnung gewesen. Das Märchen von den 50 Millionen Ausgaben wurde geklärt. Es bleibt ein Gesamtbeitrag an Ausgaben bis 15. Dezember von 650 290 M. l. übrig. Sehr klar ging Mehrlein mit den Treiberinnen der Spartakusgruppe ins Gericht, die er als „Lieblichste Narrenklub“ bezeichnete. Erst am letzten Tage habe man zu rein positiver Arbeit übergehen können, als die Frage Katekangrah oder Nationalversammlung zu entscheiden war. Die Abstimmung habe große Freude hervorgerufen, zumal auch der größte Teil der Unabhängigen für die Nationalversammlung gestimmt habe. Die zweite große Aufgabe der Konferenz war die Schaffung des Zentralrates, um endlich von der Herrschaft der Groß-Berliner loszukommen. Dieser Zentralrat sei rein mehrheitssozialistisch zusammengesetzt. Von großer Bedeutung war dann der Antrag Ebermann, der die Nationalversammlung schon auf den 19. Januar verlegte. Ein Glanzpunkt des Kongresses sei endlich noch Genosse Dr. Silberding's Referat über die Sozialisierung gewesen. Auch die Ausführungen des Genossen Bickel, des Leiters der Bäckergemeinschaft, über die Verstaatlichung der Theater habe großes Aufsehen erregt. Leider sei durch Ablehnung des Antrages Samol der das Zusammengehen aller sozialdemokratischen Richtungen im Wahlkampf bezweckte, ein Mißton in den Schluss der Verhandlungen gekommen. Der achthellige Ton Ledebors hätte sehr dazu beigetragen, sodas feind der Führer der Unterabteilung Dr. Lauffenberg-Sambura sich gegen Ledebors wandte. Viel Verdienst um das Ansehen des Kongresses gebührte dem Vorredner Genossen Feinert, während Eger-Lozoya von den A- und S- der Situation nicht gewachsen gewesen sei. Das Ergebnis des Kongresses sei ein Sieg der Herrschaft, der Gerechtigkeit und der Demokratie. Hierfür sprach Genosse Rameder, Gauner, der der Konferenz ebenfalls beigewohnt hat. Er unterstrich die Ausführungen Mehrleins, schilderte die Zusammenfassung der Soldatenfraktion und verheißte sich dann über die militärischen Fragen, die der Kongress zu erledigen hatte. Eine Debatte wurde nicht bestritten und folgende Resolution — die auch der Reichsregierung telegraphisch übermittelt wurde — einstimmig angenommen:

Frauen und Mädchen

Wer hat unangesehen für die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen gewirkt? — Die Sozialdemokratie!

Wer hat für ausgezehnten Schwangeren-, Mütter- und Säuglingschutz gewirkt? — Die Sozialdemokratie!

Wer hat unangesehen gesunde Wohnungen, ausreichende Ernährung für das arbeitende Volk verlangt? — Die Sozialdemokratie!

Wer ist immer für den weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung eingetreten und wird auch in Zukunft dafür eintreten? — Die Sozialdemokratie!

Wer ist stets für eine ausreichende Familienunterstützung eingetreten? — Die Sozialdemokratie!

zung endlich durchzuführen wird, und uns bald Frieden, Brot und Arbeit beschafft.

Von den weiteren Verhandlungsgegenständen war noch wesentlich die Erklärung Suckfeld's, daß noch 10 000 Mann Einquartierung für Lübeck zu erwarten seien. Im Anschluß daran wurde scharf kritisiert, daß bisher nur Volksschulen, nicht aber höhere, geschlossen und zu Quartieren benutzt worden sind, obwohl die Kinder der höheren Schulen eher Gelegenheit zu Privatunterricht haben. Es wurde verlangt, sämtliche Schulen für Unterrichtszwecke wieder freizumachen. Eine längere Debatte befaßte sich mit den Treiberinnen der Spartakusliste, die — mit dem armen russischen Volke megenommenen Geldern — die öffentliche Ordnung Deutschlands untergraben. Einstimmig wurden die unverantwortlichen Handlungen der Liebknechtler zurückgewiesen und vorurteilt. Die deutsche Arbeiterklasse will nicht mit diesen Sozialanarchisten zu tun haben. Nachdem vom Genossen Mehrlein eine Frage nach den Mitkleiderbeständen beantwortet worden, wurde verlangt, daß ehemalige Marineangehörige der Sicherheitswache nicht mehr in Marineuniform Dienst tun sollen, weil manche Angehörige der Marine in der Bevölkerung an Ansehen verloren haben. Es wurde entgegnet, daß nur alte, bewährte und besten empfohlene Genossen der Sicherheitswache angehören und soweit sie zur Marine gehörten, ihre Kleider nur so lange tragen, bis Anwartsanzüge für sie beschafft sind. Von anderer Seite wurde dann noch die Frage der Arbeiterklassen angeprochen und die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung gefordert. Ferner sollten auch die öffentlichen städtischen Bureaus daraufhin geprüft werden, ob Frauen vom Freie zurückgekehrt, in Lohn und Brot stehender Männer, entlassen werden können, um Platz für Arbeitslose zu schaffen. Arbeiterinnen und Frauen gefangener Kriegsteilnehmer sollen weiter beschäftigt werden. Mängel bei Festlegung der Erwerbslosenunterstützung müßten beseitigt werden. Endlich wurde noch ein Antrag angenommen, daß Kriegsbeschädigte von den Arbeitgebern nicht entlassen werden dürfen.

In die Heimat zurückgekehrt ist am Dienstag nachmittag 6 1/2 Uhr das 2. Bataillon des Landst.-Inf.-Regts. 9 in Stärke von ca. 430 Mann. Schwere Tage lagen hinter ihnen. Beim Verlassen der Ukraine wurden sie von einer gewaltigen Lebermacht gegen die ein Kampf ausfiel, was vollständig ausgeraubt; man nahm ihnen alles nur Erreichbare fort. Die Offiziere und die Soldaten wurden von den Ukrainern verhaftet und schmachten wahrscheinlich heute noch in der Gefangenschaft. Teilweise nur rüchrig bekleidet, hungrig und frierend, kamen die armen Menschen hier an. Da der Zug nach Schwartau weitergeführt werden sollte, verließ nur ein kleiner Teil die Wagen. Aus diesem Grunde war eine offizielle Begrüßung nicht möglich. Die Genossen G. Kleinfeld, Endmann und Stellung vom A- und S- Rat ließen den Genossen durch die von ihnen erreichbaren Kameraden die herzlichsten Willkommenworte übermitteln. Öffentlich vergaßen die braven Landstürmer recht bald die schwere Lebenszeit, die hinter ihnen liegt, und überwinden die um Teil recht großen persönlichen Verluste, die sie durch den Raub den von ihnen aufkauften Lebensmittel erlitten haben. Wir heißen die Genossen ebenfalls herzlich willkommen. Am heutigen Tage soll das 1. Bataillon eintreffen; dasselbe wird ebenfalls in Schwartau-Kiesfeld untergebracht.

Vorsicht bei Kündigungen.

Vermieter können rechtswirksam das Mietverhältnis nur dann kündigen, wenn vom Einigungsamt zuvor die Kündigung genehmigt ist. Es wird verurteilt, diese Bestimmung dadurch zu umgehen, daß Mieter etwa durch Androhung erheblicher Mietsteigerungen aufzufordern werden, ihrerseits das Mietverhältnis zu kündigen. Den Mietern kann nur dringend geraten werden, solchen Anreagungen nicht ohne weiteres zu folgen, sondern sorgsam zu erwägen, ob sie bei Aufgabe ihrer Wohnung auch die Möglichkeit haben, ein anderes Unterkommen zu finden. Steigerungen der Mieten, denen der Mieter nicht zustimmt, können vom Vermieter nur durchgeführt werden, wenn dieser vom Einigungsamt die Genehmigung zur Kündigung erhält. Alsdann hat zunächst das Einigungsamt die Möglichkeit, seinerseits einen angemessenen Mietzins festzusetzen. Der Mieter kann auf diese Weise vor unangemessenen Mietsteigerungen geschützt werden und sollte daher, bevor er selbst die Kündigung ausspricht, die Genehmigung des Einigungsamtes abwarten, sofern er nicht mit Bestimmtheit auf ein anderes Unterkommen rechnen kann.

Die Silberkernacht hatte hier diesmal ein zahlreicheres Publikum auf die Beine gebracht, als das in den letzten Kriegsjahren der Fall war. Auch die Stimmung war vergnüglicher und ausgelassener. Besonders die junge Welt beschäftigte sich mit allerlei Eherartikeln, wais mit Kontext und bezaubernde damit die frühere Sauberkeit der Lübecker Straßen. Ein von der Sozialdemokratischen Partei herausgegebenes Flugblatt bot vielen einen willkommenen Gesprächsstoff. Die Lokale hatten guten Besuch anzusehen. Ueberfüllt war das Gewerkschaftshaus. Das vergangene Jahr war noch ein Jahr der Trauer und der Trauer; das neue muß eines des Friedens, Aufbaues und der Arbeit werden. Dann wird auch die Freude wieder ihre Eintracht haben.

Für die Verwertung von freiverwerbenden Beerdigungsämtern für unsere Volkswirtschaft ist im Bereiche der Finanzverwaltung ein besonderes Amt, das Reichsbeerdigungsamt, geschaffen worden, das dem Reichschatzamt untersteht. Die Ausführung aller Läger aus der Verwaltung in die Verwaltung des Reichsbeerdigungsamtes ist vom Kriegsministerium bereits in die Wege geleitet. Auch die Wiederherbeziehung von gefoltem Beerdigungsamt gehört zu den Aufgaben des Reichsbeerdigungsamtes. Das Reichsbeerdigungsamt weist deshalb heute in einem Informat darauf hin, daß nach dem von der Reichsregierung am 14. Dezember 1918 erlassenen Gesetz jeder, der die angeordnete Ablieferung unterläßt, nun also noch unehrerwürdiger Weise im Besitz von Beerdigungsgut befindet, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark bestraft wird.

Rund 1500 Kriegsgefangene, etwa 1400 Engländer und 100 Italiener, trafen hier gestern aus dem Gürtel der Gefangenenlager ein, um per Schiff in ihre Heimat überführt zu werden. Da das englische Transportschiff erst gestern Abend in Swinemünde eingelaufen ist, vorjögert sich der Abtransport um einige Tage. Die Leute wurden in Kasernen und Schulen vor dem Hauptbahnhof untergebracht. Hoffentlich naht auch für diese Opfer des Krieges recht bald die Zeit, wo sie ihre Leben wieder bezaugen können.

Die Lehraufgabe für unständige Beschäftigung betrifft eine Bekanntmachung des Beerdigungsamtes u unserer heutigen Ausgabe, auf die wir hiermit hinweisen.

vb. Sanstheater. Komtesse Dibi, Operette in 3 Akten von G. Danonig, Musik von Fr. Hartmann. Dieser neue Schlager hat eine gefällige Musik und recht einnehmende, prächtige Melodien. Über den Inhalt soll nicht viel gesagt werden. Ein junger Lebemann begeht die Tochter seines reichen Vaters zur Frau, und mitten in die Hochzeitfeierlichkeiten hinein plagt seine bischige Geliebte, die Komtesse, Komtesse Dibi. Frau und unerschämte Heuchler er sie den Sanstheatern als die Frau seines besten Freundes. Professor von Treben vor, der im nächsten Augenblick selbst erscheint, sich die Unbekannte als

...ausdrücken können mag und sie auch nicht verlassen darf, als seine richtige Frau empfand. Der man die Rolle einer "Stüpe" aufnahm. Das geht unter allerlei komischen Situationen mit Gelächern und Lachen drei Akte hindurch, bis zum Schluss sich nicht weniger als vier Paare trugen und wiederholten. Aufsehen erregte die neue Sourette Fräulein Lehmann. Im Spiel und Gesang muß ihr ein Lob erteilt werden. Das Gleiche gilt für Fräulein Danzig (Titelrolle), Frau Frisch und Fräulein Uebich. Letztere erhielt auch prächtige Blumen. Von den Herren machten außer Kapellmeister Plumetritt besonders Gener. D. O. N. L. E. A. E. R. S. D. i. e. G. e. l. e. u. n. d. E. n. g. e. l. m. a. n. n. u. m. die Aufführung verdient. Das ausverkaufte Haus verlangte viele Wiederholungen. Der Komponist, der vier Jahre im Felde stand, konnte wegen der Schwierigkeiten nicht an der gestrigen Aufführung seiner Operette, die bereits 1915 entstanden ist, teilnehmen.

1. Chorverein Lübeck. Mit dem Beginn des neuen Jahres soll auch die gesungene Tätigkeit nach der zeitweiligen Unterbrechung durch den langen Krieg in der gewohnten Weise wieder aufgenommen werden. Der Männerchor wird am Freitag, 8. Januar, der Frauenchor am Dienstag, 7. Januar, 8 Uhr abends im Gewerkschaftshaus den Anfang machen. Es ist noch in aller Erinnerung, daß der Chorverein auch während des Krieges unter den schwierigsten Verhältnissen, durch Veranstaltung von Wohltätigkeitskonzerten, seine Verunsicherbarkeit bewies. Alle Freunde des Gesanges, die aus Liebe zur Kunst und nicht vergnügungshalber, das Interesse dem deutschen Lied widmen sollten sich jetzt dem Chorverein anschließen; denn nur im großen Chor findet der Sänger das wahre Ideal, was ihn für die Mühe entschädigt und befriedigt. Die neue Zeit erfordert es, daß aus diesem Gebiete die Arbeitergesangsvereine eine tonangebende Rolle erlangen; um ihren Klammern durch Veranstaltung künstlerischer Konzerte angenehme und genussreiche Stunden bieten zu können. Die Aufnahme neuer Sänger und Sängerinnen findet auch an den Übungsabenden statt.

Der Arbeitsnachweis des Vereines Lübecker Metallindustrieeller stellt mit dem 31. Dezember 1918 seine Vermittlungstätigkeit ein und übernimmt ab 2. Januar 1919 der Öffentlichen Arbeitsnachweis die Vermittlung derselben. Damit wird seitens des Vereines Lübecker Metallindustrieeller einem Bedürfnis der Zentralisierung der Arbeitsnachweise entsprochen. Im Übrigen wird auf das diesbezügliche Inserat in der heutigen Ausgabe hingewiesen.

Winternwanderungen. Die Winternwanderung nach Katakau findet am Montag, dem 6. Januar 1919 statt.

Verhafteter Mörder. Festgenommen wurde ein 38-jähriger Arbeiter aus dem Moor, als er vorgerufen worden war, um einen Sachtrug, in dem sich 12 tote Hühner befanden. Der Festgenommene will die Hühner in einem Strohdarm bei den Hühnern gefunden haben. Diese Angabe erscheint aber durchaus unwahr, vielmehr ist anzunehmen, daß er die Hühner in dortigen Gärten gefangen hat. Von den Hühnern waren zwei gelb, zwei schwarz und zwei gepunktet, zwei reibhühnerartig und zwei weiß. Die anderen Hühner waren schon gerupft, so daß ihr Gefieder nicht zu erkennen war. Der Eigentümer der Hühner ist bisher nicht ermittelt worden.

Zu dem Einbruchdiebstahl zum Nachteil der Firma Rud. Karstadt wird noch nachberichtet, daß genannte Firma für die Wiederbeschaffung der dort gestohlenen Waren eine Belohnung von Mk. 3000 ausgesetzt hat.

Zugewandte Raubdiebe. Ermittelt und festgenommen wurden 3 jugendliche hiesige Arbeiter, die in einem Lagerkeller an der Untertrave eingebrochen waren und aus demselben eine größere Menge Rum gestohlen hatten.

Einbruchdiebstahl. Aus einem Hause in der Fackelburger Allee sind in letzter Nacht mittels Einbruchs folgende Sachen gestohlen worden: 1. schwarzes Tuchkleid mit schwarzer Futter, 1. graueleidene Kollifasche mit graueleidemem Kaffee, 1. Blüte rohseide, 1. Perlmuff mit ebensolchem Pelz, 1. schwarzer Gehrock und ein dunkles Jackett.

Schwere Jungen. Ermittelt und festgenommen wurden 3 mehr oder weniger schwer vorbestrafte Kellner und 2 Mittäter, die in der Nacht zum 29. v. M. einen Einbruchdiebstahl in einem Herren-Konfektionsgeschäft der Sandstrasse ausgeführt hatten, bei dem ihnen Kleidungsstücke im Werte von über 10000 Mk. in die Hände gefallen waren. Die Diebe hatten aber keinen Vorteil von ihrer Beute, denn eben in Sicherheit gebracht wurde sie ihnen von zwei anderen Kellnern wieder gestohlen. Auch die beiden letzten Kellner wurden fest und ihnen die Beute wieder abgenommen. Den ersten fünf Dieben konnten noch zwei weitere Einbrüche nachgewiesen werden, nämlich einen in der Dankwartstraße, wo ihnen Zigaren in die Hände gefallen waren und einen weiteren, wo sie einen Schaufelkasten in der Breiten Straße erbrochen und aus demselben silberne Handtaschen gestohlen hatten.

Schwartzau-Raufeld. Achtung, Parteigenossen! Es wird darauf hingewiesen, daß am Freitag, dem 8. Januar, abends 7 1/2 Uhr, die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereines stattfindet. In dieser Versammlung müssen sämtliche Parteiführer und die als Flugblattverbreiter gewählten Genossen und Genossinnen erscheinen, da am 5. eine Flugblattverbreitung im ganzen stattfinden wird. Auch wird der Bericht vom Bezirksparteitag in Kiel gegeben. Guter Besuch dieser Versammlung seitens der Frauen ist dringend notwendig, da die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar ist und hierzu bedürfen wir der Frauen am meisten.

Hamburg. Ein Gewaltakt gegen das „Hamburger Echo“. In der Nacht zum Sonntag haben Anhänger der Spartakusgruppe die Redaktion des „Hamburger Echo“ besetzt. Das Blatt veröffentlichte in seiner Sonntagsausgabe folgende Erklärung einer „Deputation der Massenversammlung im Gewerkschaftshaus vom 28. Dezember 1918“: „Große Massendemonstration gegen die Blutherrschaft der Ebert-Scheidemann-Haase-Regierung heute, Sonntag, 29. Dezember, nachmittags 2 Uhr, am Jungfernstieg. Wir erheben Protest gegen die irreführende Berichterstattung des „Hamburger Echo“. Dieser Protest wurde auf Verlangen einer von der Massenversammlung des Obersten Marinerats der Niederelbe am 28. Dezember 1918 in die Redaktion des „Hamburger Echo“ entsandten Deputation aufgenommen. Die Demonstranten haben sich zu diesem Protest veranlaßt durch die konterrevolutionäre Unterdrückung der Hamburger Arbeiterschaft durch das „Hamburger Echo“. Sie fordern von der Redaktion des „Hamburger Echo“, daß sie diese verheerende Politik aufgibt und die Interessen des revolutionären Proletariats ohne Rücksicht auf das Kapital wahrnimmt.“ Unser Hamburger Parteiorgan bemerkt zu diesem frechen Streich ipso-facto Terrors: Ein paar Hundert Matrosen und Zivilisten, darunter natürlich auch viele Jungens, waren nachts nach Schluß einer vom Obersten Marine-Rat der Niederelbe am Sonnabend nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen Versammlung vor unser und in unser Geschäftshaus und in unserer Redaktion gestürzt und hatten von dem Kollegen, der allein den Nachdienst versah, gewaltsam die Aufnahme des von ihnen niedergeschriebenen Auftrags erzwungen. Der Gewalt der Hunderte mußte der Einzelne weichen. Wir protestieren hiermit gegen den unerhörten Gewaltakt mit aller Entschiedenheit. Wenn das die Argumente sind, mit denen Spartakus arbeitet, dann treue Dich, Hamburger Arbeiterschaft, und treue Dich, deutsches Volk! Dann wird das Grauen des Krieges, den wir durch die Revolution überwunden glaubten, auf ewige Dauer erklärt; denn was am Sonnabend dem „Hamburger Echo“ ins Haus, kann jeden Tag jedem anderen passieren. Wir denken nicht

daran, dem lauten und herabwürdigenden Treiben weniger Unvorsichtiger zu weichen. Wir haben dabei die Gewißheit, daß sowohl der Oberste Marine-Rat der Niederelbe, wie vor allem der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat den frühen Gewaltakt gegen das „Hamb. Echo“ entschieden mißbilligen und Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher brutalen Eingriffe in die Pressefreiheit ergreifen werden.

Hamburg. Große Demonstrationen. Die von den drei sozialdemokratischen Parteigruppen am Neujahrstag nachmittags veranstalteten Demonstrationen für und wider die Regierung Ebert-Scheidemann hatten annähernd 150000 Menschen auf die Beine gebracht, die sich zu Kundgebungen an drei verschiedenen Stellen trafen. Die alte sozialdemokratische Partei, die die Moorweide gewählt hatte, hatte nach der Meldung des „Hamb. Corr.“ einen ungeheuren Zulauf. Es mögen weit über 100000 Teilnehmer die weiten Flächen von dem Lammtor-Bahnhof betreten haben. Für die zwölf Redner waren auf Wagen erhöhte Stände improvisiert worden. Einer der Redner, um die sich je etwa 10000 Zuhörer scharten, Rednerstagaba D. Stubbe, sagte etwa folgendes: „Von links treten die Spartakusleute die Freiheit mit Freuden, von rechts droht die Reaktion die Grundgesetze der Revolution aufzuheben zu machen. Beide haben wenig Erfolg gehabt, obgleich sie der Regierung Kopfweh bereiten. Die Regierung hat die Aufgabe, den Frieden abzuschließen. Es ist notwendig, ruhige Zustände herbeizuführen und das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen. Das Volk sehnt sich nach Frieden, Arbeit und Brot. Wir brauchen eine starke Regierung, gestützt auf das Vertrauen des ganzen Volkes. Das kann nur zustandekommen durch die Wahlen zur Nationalversammlung, die durch das beste Wahlrecht der Welt ins Leben gerufen werden soll. An eine Weltrevolution ist nicht zu denken. Die Franzosen und Engländer werden niemals die Grundgesetze des Krieges preisgeben. Die Spartakusleute fürchten, daß das Ergebnis der Wahl nicht in ihrem Sinne ausfällt. Sie wollen sie gewaltsam verhindern und die Diktatur einführen. Die Unabhängigen wollen das nicht, aber sie trifft der Vorwurf, daß sie die Linkradikalen nicht abgegrenzt haben. Dadurch kam es zu Trennung in der Regierung, was sehr zu bedauern ist. Die Mehrheitssozialisten haben geschlossen hinter Ebert und Scheidemann. Das Fundament des neuen Deutschen Reiches ist gut und die Sozialdemokratie wird auf diesem Grunde weiter bauen zum Wohle des Volkes und für seine Freiheit. Der Redner schloß mit dreifachem Hoch auf die sozialistische Volksepublik, in das alle einstimmten. Danach wurde die Menge aufgefordert, im Zuge über den Gänsemarkt nach dem Jungfernstieg zu marschieren und sich dort ruhig aufzulösen. Dem wurde Folge geleistet. So verlief diese Kundgebung würdig und ruhig und hinterließ durch die Masse der Teilnehmer einen mächtvollen Eindruck. Die Protestversammlung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei gegen die Regierung Ebert-Scheidemann fand am dem Jungfernstieg statt. Zu den 5-6000 Zuhörern sprachen zwei Redner. Die Auflösung des Zuges erfolgte wieder auf dem Gänsemarkt. Auch die Ortsgruppe Hamburg der internationalen Kommunisten Deutschlands, die früheren Linkradikalen, hatten ihre Mitglieder zu einer Demonstration beufen. Mehrere hundert Teilnehmer hatten sich dort eingefunden, wo in einzelnen Gruppen Unterredungen geführt und Ansprachen gehalten wurden.

Hamburg. Die Landesorganisation der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs beschäftigte sich mit den Vorbereitungen für den Wahlkampf zur Nationalversammlung. Der Vorsitzende Genosse Gruenwald wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die bereits vor Wochen mit den Unabhängigen eingeleiteten Einigungsverhandlungen infolge des Verhaltens der letzteren Gruppe und mamentlich des Reichstagsabgeordneten Heine-Bremen gescheitert seien. Da nun aber Hamburg gemeinsam mit Bremen, Bremerhaven und dem Kreis Stade einen Wahlkreis bilden, so habe man sich mit den Bremer Parteigenossen zwecks gemeinsamer Wahlarbeit und Aufstellung einer gemeinschaftlichen Vorlageliste verständigt und entspreche der Versammlung die folgende Vorlageliste: 1. Otto Soltan-Hamburg, 2. H. Stubbe-Hamburg, 3. Deichmann-Bremen, 4. C. Senje-Hamburg, 5. Frau Reiche-Hamburg, 6. Winkelmann-Bremen, 7. Fr. Haepfow-Hamburg, 8. Feine-Bremen, 9. Lehrer Hellmann-Hamburg, 10. Rieger-Hamburg, 11. Frau Bauz-Hamburg, 12. Hilbrand-Bremen. Da inzwischen aber auf Beschluß des großen Arbeiterrats von Hamburg neue Einigungsverhandlungen wieder eingeleitet worden sind, so gebe der Vorstand anheim, erst deren Resultat abzuwarten und dann über die endgültige Vorlageliste abzustimmen. In der Debatte wurde betont, auf alle Fälle müsse versucht werden, im bevorstehenden Wahlkampf eine Einigung herbeizuführen. Der Vorstand wurde dann auch ermächtigt, an den Einigungsverhandlungen teilzunehmen und falls diese scheitern, eine Verbindung der Listen herbeizuführen. Ferner wurde der Vorstand beauftragt, in nächster Zeit eine Demonstration-Versammlung auf freiem Feld zu veranstalten mit der Tagesordnung „für die Regierung Ebert-Scheidemann und für die Nationalversammlung“.

Hamburg. Verurteilung der Raubmörder. Der Dienstreifer Ebert der am 13. April wegen Raubmordes, begangen an dem Vater Motzen, zum Tode verurteilt worden war, ist vom A. und S. Rat zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. — Für ein Plünderer ergriffen. Eine Bande in Uniform nahm vor einigen Tagen in Harveschude Blünderungen vor, unter der Angabe, mit Hausdurchsuchungen beauftragt zu sein. Einer der Plünderer fungierte in Leutnantuniform als Anführer. Bei diesen Hausdurchsuchungen wurden Wertgegenstände im Werte von 40000 Mk. mitgenommen. Als Haupttäter ermittelten Beamte des Fahndungskommandos einen Zimmermann W. Weiter wurden als Tatgenossen ein Maurer S., ein Modelkritiker S., ein Schlosser Sch. und eine 80 Jahre alte Frauensperson verhaftet. Einen Teil der Beute hat man vorgefunden und beschlagnahmt.

Hamburg. Mord im Hammerbrook. Am Dienstag, nachmittags gegen 6 Uhr, erlag der 32 Jahre alte Oberbootsmannmaat Altona Rudolf Frank seine Schwägerin, die um zwei Jahre ältere Marie Frank, in ihrer Wohnung Lorenzstraße 39 weiter Erich, nach vorausgegangenem Streit hinterücks durch einen Schuss in den Kopf. Frank, der bei seiner Schwägerin wohnte, stellte sich selbst der Polizei und wurde in Haft genommen. Was den Mann zur Tat getrieben hat, soll durch die Untersuchung festgestellt werden. — Für 180000 Mark Verrentlicher gestohlen. Für 180000 Mark Verrentlicher wurden aus dem Herrengardenerobergang von Büdingen und Bogn in der Hamburgerstraße in Barmbeck, das schon seit längerer Zeit geschlossen ist, gestohlen. — Ergriffen. Der Austerpaavillon war am Dienstag nachmittags abends durch einen unglücklichen Element. Mehrere hundert Mann zogen den Jungfernstieg entlang und verhielten in den Austerpaavillon ein, wobei von ihnen Schüsse abgegeben wurden. Die vor dem Kaffeehaus postierten Sicherheitsmannschaften sahen darauf aus ihren Gewehren Schredschüsse ab, worauf die ankommenden Demonstranten durch Abgabe von Revolvergeschüssen ein regelrechtes Feuergefecht einleiteten das glücklichweise durch die Positionenheit der Wachmannschaften unblutig verlief. Die Schießerei endete erst, als ein Leutnant mit einem Maschinengewehr und Verhaftungstruppen nahte. Die Demonstranten nahen auseinander und ergreifen die Flucht, ohne daß sie ihr Vorhaben, das Kaffeehaus zu plündern, ausführen konnten. Den ganzen Abend durchzogen harte Wachkommandos und Autos mit Wachmannschaften die Stadt, um jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, im Keim zu erstickern. Zur Sicherung gegen Plünderungen wurden den mit Lebensmitteln handelnden Ladenhamborn verfehlt, ihre Kassenräume auszuwachen.

Hamburg. Die Marine gegen die Spartakusdiktatur. Schatz spricht sich die Matrosenschaft von Flensburg und Umgebung gegen die Spartakusideen aus. Die am 27. Dezember 1918 in der Marinekaserne Flensburg zahlreich versammelten Marineangehörigen Flensburgs haben folgenden Entschluß

angenommen: Wir verurteilen auf das Schärfste das Vorgehen der Volksmarinebrigade, das zu den bedauerlichen Vorgängen in Berlin geführt hat. Wir erklären, daß wir mit diesen Vertretern der Deutschen Marine nichts gemein haben, und fordern, daß die Volksmarinebrigade Berlin verläßt. Es liegt keine Notwendigkeit vor, in Berlin eine Marineoffiziersabteilung zu bestehen zu lassen. Unsere Kameraden von der Armee sind Mannes genug, den Sicherheitsdienst dort aufrecht zu erhalten. Wir sind der festen Überzeugung, daß die übermächtigste Mehrheit der deutschen Marine mit uns das verbrecherische Treiben der Berliner Volksmarinebrigade und der ihr stammverwandten Spartakusisten bekämpft. Die Zeiten sind bitter ernst, daher ist Einheit mehr denn je notwendig. Armee, Marine und das gesamte deutsche Volk müssen einig zusammenstehen, wenn nicht Not und Elend über uns hereinbrechen sollen. Nicht die rote Gewalt, sondern die Vernunft soll uns in diesen Zeiten lenken. Kameraden der Armee und der Marine schließt Euch alle unserer Resolution an, seid einig und wachsam, unser deutsches Vaterland darf und soll nicht untergehen. Durch Zeitungstelegramme wird bekannt, daß die Regierung Ebert-Haase gestürzt und Liebknecht und Rosa Luxemburg an ihre Stelle getreten sind. Wir erklären hiermit, daß wir dieser neuen Regierung den Dienst verweigern.

Köln. Bessere Resultate der Kommunalwahlen. Gützow: Sozialdemokraten 3390, Bürgerliche 4251 (Demokrat: 3789; Parteien 462). Die Sitze verteilen sich: Sozialdemokrat 14, Demokrat 15, Parteien 1. Waren. Sozialdemokrat 1874, Bürgerverein 932 und Deutsche demokratische Partei: 1273 Stimmen. Die Sitze verteilen sich ungefähr: Deutsche Liberale 10, Sozialdemokraten 8, Ludwigslust. Das vorläufige Ergebnis der Bürgerauswahl ist nach Feststellung des „Ludwigsluster Tageblattes“ folgendes: 3 Sozialdemokraten und 9 Bürgerliche. Bismarck. Sozialdemokraten 1397, Demokratische Volkspartei 1314, Eisenbahnbeamte 177. Es erhalten die Bürgerliche 6 und die Sozialdemokraten 6 Sitze. Grahn. Sozialdemokraten 6 Sitze; Bürgerverein 4 und Arbeiter, Beamte und Lehrer 2 Sitze. Döberan. Bürgerliche 1545 und sozialdemokratische Partei 1123 Stimmen. Die Sitze verteilen sich 7 zu 5. In der Wahl beteiligten sich circa 85 Proz. der Bevölkerung. Grevesmühlen. Sozialdemokraten 962, Deutsche demokratische Partei 667, deutsch-nationale Volkspartei 306, eine weitere Sitze 337, so daß sich also die Sitze wie folgt verteilen: Sozialdemokraten 5, Deutsche demokratische Partei 4 und die anderen zusammen 3. Blau. 6 Bürgerliche und 6 Sozialdemokraten. Gnoien. Bürgerliche Parteien 832, sozialdemokratische Partei 582. Die Sitze der Parteien verteilen sich auf 6 zu 6. Lübz. Sozialdemokraten 953 Stimmen, Bürgerliche 696 Stimmen. Die Sitze verteilen sich wie 10 zu 7. Röbel. Sozialdemokraten 792, Bürgerliche 866 Stimmen. Die Sitze verteilen sich 6 zu 6. Sternberg. 6 Bürgerliche und 6 Sozialdemokraten. Röpeln. Sozialdemokraten 701, Bürgerliche 450, mithin 7 Sozialdemokraten bzw. 5 Bürgerliche gewählt. Wartin. Sozialdemokraten 531, Bürgerliche 392. Es wurden gewählt 7 Sozialdemokraten, 5 Bürgerliche. Brück. 5 Bürgerliche und 4 Sozialdemokraten.

Bremen. Die Spartakisten in den Unterwerfungsorten an der Arbeit. Die Anhänger der Spartakusgruppe in den Unterwerfungsorten hatten, wie die „Nordd. Volksst.“ mitteilt, am letzten Montag im Anschluß an eine Versammlung, in der Senke referierte, geplant, durch einen Handstreich den Arbeiter- und Soldatenrat der Unterwerfungsorte zu stürzen und sich gleichzeitig in den Besitz der Bremerhainer „Nordd. Volksst.“ zu setzen. Der schöne Plan ist jedoch aus irgendwelchen Gründen verschoben worden. — Die Unabhängigen und Kommunisten (Spartakusleute) werden zur Sicherung der Revolutionation beauftragt. Die „Bremer Bürgerzeitung“ veröffentlicht eine Bekanntmachung, nach der sich die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter bei den Vorständen der U.-S.-D. und der Kommunisten zu melden haben, um die Waffen in Empfang zu nehmen. Die Meldenden müssen aber Mitglied dieser Partei sein. Wenn man den Bürgerkrieg will, dann scheint man auf dem richtigen Wege zu sein! — „Bressefreiheit.“ Das Erscheinen des „Bremer Tageblattes“ ist bis zum 31. Dezember einschließlich vom hiesigen Soldatenrat verboten worden. Als Grund hierfür wird die Einschränkung des Papierkontingents angeführt. Die Einwendung, daß nicht unteilbar Papier verbraucht sei, wurde nicht anerkannt. Die „Bremer Zeitung“ erscheint von heute ab wieder.

Oldenburg. Kandidatenaufstellung in Oldenburg-Ostfriesland. Der Parteitag für den Bezirk Oldenburg-Ostfriesland tagte am Sonntag im neuen Landtagsgebäude in Oldenburg. Außer dem Vorstand und der Landtagsfraktion waren aus vierzig Orten 54 Delegierte anwesend, eine Anzahl, wie sie noch nie zu verzeichnen war. Vor dem Krieg zählte die Organisation über 3000 Mitglieder, jetzt beträgt ihre Zahl etwa 13000. Im Krieg sind 19 Ortsvereine eingegangen; sie sind jetzt wieder gestiftet und eine große Anzahl neuer entstanden. Das Parteiorgan „Republik“ (früher „Norddeutsches Volksblatt“) hat eine Auflage von etwa 18000 erreicht. Gleichwohl betonte der Vorstand, daß die Wahlarbeit durch das Vorziehen der Spartakusgruppe, das die Wähler abschreckt, außerordentlich gestaltet sei. Als Kandidaten zur Nationalversammlung wurden nach langen lebhaften Auseinandersetzungen bestimmt: 1. Beyer-Denabück; 2. Hug-Rüstringen; 3. Kubst-Wilhelms-Hafen; 4. Jordan-Delmenhorst; 5. Frau Bedenke-Rüstringen; 6. Thelemann-Düffeldorf; 7. Mack-Emden. Zur Vertretung der Wahlaktion wurde die Erhebung eines Ertrabittes von 1 Mk. für die Dauer von drei Monaten beschlossen. Als Vorwärtender wurde Genosse Hug, als Wortführer Rüstringen wiedergewählt.

Theater und Musik.

Stadtheater. „Der heilige Florian“, eine possenhafte Satire von Real und Weichand. Es wäre eigentlich schade, wenn dieses ultiqe Stück, wie angekündigt wurde, nach einmaliger Aufführung wieder in der Versenkung verschwinden würde. Die Verportung der verschiedensten Einrichtungen, Personen und Moralbezüge ist zum Teil recht gelungen und amüßig. Natürlich werden manche Speer die Nase rümpfen über die Fülle von Schwereverbrechen, die sich auf der Bühne ereignen: Brandstiftung, Ehebruch, Weineid usw. Aber sie sind den Verfasser nur Mittel zum Zweck und nicht tragisch zu nehmen. Und wenn zum Schluss der die Wiedermannsche zur Schau tragende Fuhrwerk-besitzer und Feuerwehmann Bacherer, um den sich das Stück hauptsächlich dreht, freigesprochen wird, trotz seiner vorläufigen Brandstiftung, so möchte man ihm beinahe gratulieren. Unter Neubauer's Leitung, der selbst aus dem Bacherer eine ungemein wirkungsvolle, von trockenem Humor erfüllte Gestalt machte, war die Wiedergabe der Satire ganz famos. Besonders lebendig war das ländliche Feuerwehrcorps des zweiten Aufzuges. Der schlaue Brumhild des Herrn Grams, der einseitige Feuerwehrcorpsführer und Krämer Bräutigam des Herrn Bacherer, die Frau Bacherer (Fr. D. R. O. A.), die Stiefmutter (Fr. Schull) waren treffliche, mit lebensvollen Zügen ausgestattete Leistungen. Auch ihre in kleineren Rollen mitwirkende Kollegen und Kolleginnen gaben ihr Bestes. So ist es nicht zu verwundern, wenn das Publikum sich sehr gut unterhielt.

Das volkstümliche Konzert am letzten Montag im Stadtheater bot wieder sehr viel Schönes. Den ersten Teil des Programms bildeten Werke von Franz Liszt, die in bester Wiedergabe vielen Beifall fanden. Im zweiten Teil kam Richard Wagner, Liszt's genialer Schützling zum Wort. Besonders ihm abgetrotzt brachte das Orchester unter der ausgezeichneten Leitung von Dr. Göhler das Vorspiel, den Tanz der Lehrbuben und Hans Sachs' Ansprache aus den Meistersingern zu Gehör. Auch Wotans Abschied und der Feuerzauber aus der „Walküre“, sowie der Einzug der Götter in Valhalla aus „Reingold“ gehörten zu den prächtigen Gaben, für die man sehr dankbar sein muß.

Neueste Nachrichten.

Die Lage in den Kohlegebieten.

Breslau, 1. Januar. Die Verhandlungen der Berliner Regierungsvorleiter Landoberg und Girsh mit den für die jetzige Streikbewegung Ober-Schlesiens eigens ernannten Vertrauensleuten haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Arbeit am 2. Januar wieder aufgenommen werden soll. Die Forderung auf eine einmalige Zulage von 800 Mark pro Kopf soll mit den Forderungen in Verhandlungen zum Austrag gebracht werden, die spätestens am 15. Januar beginnen müssen. — Im Ruhrkohlengebiet hat sich die Streikbewegung auf den Schächten der Gutehoffnungshütte weiter ausgedehnt. Ein großer Druck der Streikenden erzwang die Stilllegung dreier Schächte. Es wird die alte Forderung auf Gewährung einer größeren Weihnachtsgewalt erhoben.

Ein Ultimatum der Arbeitslosen.

Mannheim, 1. Januar. Eine stark besuchte Arbeitslosenversammlung beschloß, dem Bürgermeister in Form eines Ultimatum eine Reihe von Forderungen zu unterbreiten. Es wird u. a. verlangt, die Arbeitslosenunterstützung auf 10 Mark für den verheirateten Mann und 8 Mark für den ledigen Mann, auf 6

Mark für die weislichen Arbeitslosen und 1 Mark für jedes Kind zu erhöhen. Im Falle der Nichterfüllung dieser Forderung soll eine Streikdemonstration stattfinden, an welcher sich auch die stellunglosen Angestellten beteiligen werden.

Der Waffenstillstand gefährdet?

Saag, 1. Januar. Nach Meldungen aus Paris berichtet der „Temps“ nach Informationen, die er aus dem Hauptquartier erhalten hat, daß die amtliche Anwesenheit von Vertretern der mit der Entente im Kriegszustande befindlichen Mächte. Sowjet-Regierung auf deutschem Boden den Fortführung der Waffenstillstandsverhandlungen und die Einleitung von Friedensgesprächen unmöglich machen wird.

Japan gegen das Sowjet-Rußland.

Amsterd., 1. Januar. Der „Morning Post“ zufolge haben die Japaner am 20. Dezember die Einberufung von fünf weiteren Jahressitzungen angeordnet. Japanische Streitkräfte befinden sich noch fünf Tagesmärsche vom Ural-Gebirge entfernt.

schätzlichen statistischen Materials. So befehrt es was gerade heute, angesichts der Neuordnung der politischen Verhältnisse in der Welt, von größtem Interesse ist. Über die wirtschaftliche Lage der verschiedenen Länder, indem es eine Uebersicht gibt über Einfuhr und Ausfuhr, Haupthandelsartikel, Produkte, Nationalitäten usw. Unter den größten Aufsätzen verdient regste Beachtung der Artikel „Technische Rückfälle“, der uns zeigt, wie der sich vorwärtsstrebende Geist auch gegenüber den später kostenlos erzielenden Nutzen unserer Zeit immer wieder neue Wege weist, auf denen Mängel behoben, Fehlendes erfährt, veraltete Methoden verbessert werden können. Die Not der Zeit zwingt auch, sich mit dem verwickeltesten Problem des internationalen Zahlungsausgleichs zu befassen, worüber der Aufsatz „Baluta“ lehrreichen Aufschluß gibt. Ueber den Lebenslauf von 240 Männern der Zeit gibt ein alphabetisches Verzeichnis eingehende Auskunft; auch der im letzten Jahre verstorbenen berühmten Zeitgenossen wird in gleicher Form gedacht. Neben dem üblichen ausführlichen Kalendarium enthält das Jahrbuch auch die neuen Ehrenbürgerliste, die neuen Postgebühren, ferner Maße und Maßtabellen für Wissenschaft und Technik, Verlosungskalender, Zinsabelle und noch sehr viel anderes Wissenswerte und Nützliche. Der Preis des von Hermann Hilger Verlag, Berlin W. O., herausgegebenen Buches, das in allen Buchhandlungen zu haben ist, beträgt 2,40 Mark.

Literarisches.

Kühnners Jahrbuch 1919 ist eben erschienen. Das Nachschlagebuch bietet auch diesmal wieder eine ungemeine Fülle zu

Verantwortlich für die Abdruck: „Aus Ulbeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Böwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwach. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung.

Militärpersonen, welche hier während ihres Urlaubs erkrankt und gebfährig sind, haben sich zum Ref.-Laz. II, Marquardschule, zu begeben.

Lübeck, den 31. Dezember 1918. (7625)

U.- und S.-Kat.

H. A. Jäger.

Sohnenfrage für unständige Beschäftigung

Unternehmer von Gewerbebetrieben, die im Jahre 1918 Personen unständige Beschäftigung gegeben haben, haben die an diese Personen gezahlte Lohnsumme bis spätestens den 15. Februar d. J. dem Versicherungsamt, Parade 1, aufzugeben, widrigenfalls Bestrafung gemäß Verordnung vom 31. Dezember 1918 erfolgt.

Lübeck, den 2. Januar 1919. (762)

Das Versicherungsamt.

Der vierte Teilbetrag der Grundsteuer für 1918/19 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit vom 2. bis 10. Januar 1919 bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

Lübeck, 31. Dezember 1918. (7617)

Die Steuerbehörde.

Mit dem 31. Dezember 1918 stellt der **Arbeitsnachweis des Verzes Lübecker Metallindustrieller**, Engelstraße 74 seine Vermittlungstätigkeit ein.

Ab 2. Januar 1919 übernimmt der **Öffentlichen Arbeitsnachweis** die Vermittlung desselben.

Die Abteilung für Männer befindet sich **Untertrave Nr. 104, Eingang: Hauptgebäude, Zimmer 1.**

Die Abteilung für Frauen und Mädchen befindet sich daselbst, **Zimmer 20.**

Beide Abteilungen sind geöffnet: an den Werktagen: für Arbeitgeber von 8 bis 1 Uhr vorm. und von 3 bis 6 Uhr nachm. für Arbeitnehmer von 9 bis 12 Uhr vorm. und von 3 bis 5 Uhr nachm.

Am Sonnabend nachmittag sind beide Abteilungen bis auf weiteres geschlossen.

(7615) **Verein Lübecker Metallindustrieller.**

Bekanntmachung.

Bei der Pensionierung Travebünde soll die Stelle eines Leuten sofort besetzt werden.

Die Anstellung erfolgt zunächst für 1 Jahr auf Probe mit gegenseitiger monatlicher Kündigungsgeld. Während der Probezeit wird das Anfangsgehalt der Stelle monatlich nachträglich gezahlt.

Das Gehalt beträgt jährlich **1200.-**, steigend in dreijährigen Zeitabschnitten bis auf **1500.-** und einmal um **150.-** bis zum Höchstbetrage von **1650.-**; Wohnungsgeld wird nicht gewährt.

Für die Ruhegehalt- und Hinterbliebenenversicherung sind die Lübecker Gezege maßgebend.

Bewerber müssen vollständig sein, im Besitze des Steuerbescheides für das große Jahr 1918 und sollen das 22. Lebensjahr nicht überschritten haben. Schriftliche Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis zum 15. Januar 1919 einzureichen.

Lübeck, den 31. Dezember 1918.

Der Wasserbauinspektor.

Eine 3-jährige Bohle mit 6000 über 2-jährige Bohle mit 12000 1. April gekocht. Ang. in Br. mit W 12 an die G. (7639)

Ein neuer brauner (7623)

Senia-Belstrassen

zu verkaufen. Katlar. 63.

Es lassen gesucht Büsten mit oder ohne Paraden. Herren-Schreibst. Weichenergel. Ang. mit H L an die G. (7612)

Aus dem Felde zurück!
Meiner werten Kundenschaft hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich meinen **Rasier-, Frisier- und Nagel-schneide-Salon** am Sonnabend, 4. Januar wieder eröffne. (7617)
Karl Heine,
Tüskenzagen 5.

Deutsche demokratische Partei Lübeck.
Große öffentliche Versammlung
Sonnabend, den 4. Januar 1919, abends 8 Uhr
in der Stadthalle. (7620)
Unser Kandidat Herr Dr. Stubmann wird sprechen.

Beachten Sie unser morgen erscheinendes **HO Inserat!**
Es sind **ausserordentliche Vorteile**, die wir Ihnen wiederum bieten.

Ich habe mich in Lübeck als prakt. Zahnarzt niedergelassen und werde mit Herrn Zahnarzt Heldt, Breitestr. 41, L., die Praxis gemeinsam ausüben. (7618)
Zahnarzt Struchtrup.

Geschäfts-Eröffnung. (7626)
Am 3. Januar eröffne ich Schwartzauer Allee 58 ein **Frisier-Geschäft.**
Anfertigung von sämtlichen Haarerzeugnissen. Saubere und saubere Bedienung sichert zu **Willy Peters, Friseur.**

Arbeiter-Hofkalender 1919.
Mit dem Lebensbild und dem Bildnis Albert Dufes
Der neue Hofkalender enthält: **Arbeiter-Hofkalender 1919**
Preis gebunden 1,50 Mk.
Buchhandlung Bernhardt, Berlin G. B. 68.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei **Otto Albers**
Markt 4, Kohlmarkt 10.
Högl. des Rab-Sperru. Lübeck.
Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der **Buchh. Friedr. Meyer & Co.**
Reinen Kunden, Freunden und Bekannten. (7623)
Die besten Glückwünsche zum Jahreswechsel!
Wilh. Schubert,
Pferdemarkt 17.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung
der Roll- und Blockwagenkutscher
am Freitag, dem 3. Januar 1919
abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung.
2. Wahl von Obmännern.
Die Ortsverwaltung.
7631

Zeitschriften, aller Art.
Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

3. Distrikt. Versammlung
am Sonnabend, 4. Januar
abends 8 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Alle im Distrikt tätigen Genossen müssen erscheinen.
Der Distriktsführer
Emil Ross.
7618

Allen Freunden und Gästen
ein frohes neues Jahr!
Ruolf Müller und Frau
Restaurant Concordia.

Meiner werten Kundenschaft allen Freunden und Bekannten ein
fröhliches neues Jahr!
F. Martens,
Adlerstr. 6.

Hansa-Theater.
Donnerstag abend 7 Uhr:
Komtesse Didl.

Serienwanderungen.
Die Winterwanderung nach Karetau ist auf Montag, den 6. Januar, verlegt worden. Die bisher gelösten Karten behalten Gültigkeit. Weitere Karten sind nur noch beim Schulwäpfer, Hüftr. 69, zu haben. (7615)

Stadtheater Lübeck.
Spielzeit 1918/19. (7634)
Donnerstag, den 2. Januar
Frühlings Erwachen
Freitag, den 3. Januar
Joseph in Aegypten.
Sonnabend, den 3. Januar
Nachmittags 3 Uhr:
Ein deutsches Weihnachtsspiel.
Abends 7 Uhr
Der Zigeunerbaron.
Adholung der Karten ist die 2. Rate für Frspieg-Abonnenten am 2. Januar, nachmittags von 4-6 Uhr an der Theaterkasse. Die abgelaufenen Karten sind zurückzubringen.

Sozialdemokratischer Verein
Schwartau-Rensfeld.
Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 3. Januar
abends 7 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn W. Hilpracht (Gasthof Lichtenhald).
Sämtliche Beisitzer und Agitatoren müssen erscheinen.
Der Vorstand.
7630

Die bürgerlichen Parteien als Revolutionsfeinde.

Der Wirrwarr in der Reichshauptstadt ist für die Geldsachinteressenten ein gefundenes Fressen, um gegen die Revolution anzugehen. Sie stehen zwar in ihren Meinungen öffentlich zur gegebenen Tatsache, im geheimen wählen sie aber desto mehr. Offener sind zwar die gemäßigten Nationalliberalen, die sich der deutschen Volkspartei angeschlossen haben und auch den Mut finden, mit der deutschen demokratischen Volkspartei in den Wahlkampf zu ziehen. Der Zweck heiligt ja die Mittel! Zwischen durch darf man sein Herz ja öffnen. Das tut auch die „Nationalliberale Korrespondenz“, die da schreibt:

Die Deutsche Volkspartei ist der Auffassung, daß es bei dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches darauf ankommt, das, was sich in der Vergangenheit bewährt hat, mit hinüberzunehmen ist in die Zukunft, und sie lehnt es ab, in den durch die Revolution geschaffenen Zuständen etwas von ihr Begriffenes oder Verteidigungswertes zu sehen.

Wir sind gewiß keine Freunde des Wirrwarrs, den die Reichshauptstadt seit Wochen zeigt, aber die überflügten Leute sollten sich doch einmal zu Gemüte führen, was z. B. Eitzberger in einer Versammlung der Berliner Kaufmannschaft sagte:

„Das bisherige politische System war ausschließlich auf Gewalt und Rivalität der Nationen gebaut. Gegenfeitiges Mißtrauen beherrschte die internationale Lage. Das stilles Prinzip war aus den Beziehungen des Völkler ausgeschaltet. Die unersehbarsten Folgen sind Millionen von Toten, Millionen von Krüppeln, Millionen Waisen, Milliardenwerte sind zerstört, Menschheitswerte zerstört. Aber die Folgen des Weltkrieges greifen noch tiefer. Der Krieg ist die Gefährlichkeit nach außen und hat natürlich Gefährlichkeit im Innern zur Folge. Der lange, alles zerstörende Krieg bereitet den Weltkollaps vor. So stehen wir heute vor dem völligen Zusammenbruch dieser Gewaltanarchie. Ein neues System muß an ihre Stelle treten: das System des Rechts.“

Daß dieses System des Rechts nicht von heute auf morgen triumphiert, nachdem man die Menschen vier Jahre lang das Morden, Plündern, Rauben und Stehlen gelehrt hat, darüber sollten sich doch die bürgerlichen Führer am wenigsten wundern! Und sie sollten wissen, daß der Ausbruch der Wut des Volkes über das himmelschreiende Massenmorden über die Hungertoten und Entbehrungen, die man ihm auferlegt, noch ganz anders losgehen würden, wenn nicht die ordnende Hand der Sozialdemokratie das Wirtschaftsleben und Gemeinheitsleben geschützt hätte.

Die Steuerpläne der Reichsregierung.

Der Weltkrieg erlegte dem deutschen Volke ungeheure Lasten auf. Sie können nur getragen werden, wenn sie gerecht verteilt werden. Deshalb sind Vermögen und Einkommen in jeder Form erheblich stärker als bisher heranzuziehen. Ein durchgreifender Ausbau der direkten Steuern muß die Grundlage eines neuen Steuerwesens bilden und ungehindert in Angriff genommen werden. Zu diesem Zweck beschloß die Volksbeauftragten im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsschatzamt folgendes:

Zunächst sollten die Kriegsgewinne eingezogen werden, und zwar in Form einer außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919, wodurch sich die durch das Gesetz vom 26. Juli 1918 eingeführte Abgabe vom Mehreinkommen und vom Vermögen bei Einzelpersonen auf ein weiteres Jahr erstreckt und die Erhebung der Abgabe vom Mehreinkommen der Gesellschaften für das fünfte Kriegsjahr fortgesetzt wird, nachdem durch Verordnung vom 15. November 1918 bereits eine Bildung der Kriegsteuerrücklage in Höhe 80 vom Hundert des Mehreinkommens gegenüber bisher 60 vom Hundert vorgeschrieben ist.

zweitens eine außerordentliche Abgabe vom Vermögen zu wachen, wodurch die während der gesamten Dauer des Krieges entstandene Vermögensvermehrung vergrößert erfährt werden soll, daß sie unter Schonung kleiner Beträge in vollem Umfange wieder der Allgemeinheit zugeführt wird. Die bereits auf Grund des Kriegsteuergesetzes vom 21. Juni 1918 gezahlte Steuer wird angerechnet. Drittens: von dem nach Einziehung der Kriegsgewinne verbliebenen Vermögen soll eine große allgemeine Vermögensabgabe erhoben werden, die in harter Proportion ansteigen, jedoch die Grenzen der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht überschreiten, den Familienstand alter Erwerbsfähiger der Steuerpflichtigen berücksichtigen und zum mindesten in der Art ihrer Erhebung den verschiedenen Gattungen der Vermögensanlage Rechnung tragen wird. Die Veranlagung muß auf einen bestimmten Stichtag abgestellt werden. Am jedoch die hiermit verbundenen unvermeidlichen Zufälligkeiten auszugleichen, insbesondere das sich noch nachträglich bildende neue Vermögen in entsprechender Weise zu belasten, soll im Anschluß an die Vermögensabgabe ein Ausbau der Besitzsteuer erfolgen. Die hohen Einkommen sollen stärker belastet werden, indem die Reichseinkommensteuer mit der weitergeführten Progression mindestens für diese Einkommensquellen eingeführt wird. Viertens, die einzelnen Einkommensquellen sollen in erweiterterem Umfange der Besteuerung erschlossen und dem Reiche zugänglich gemacht werden. Die

Besitz von
Heeresgut aus unlauteren Quellen
wird bestraft mit
Gefängnis
bis zu 5 Jahren und 100000 Mk. Geldstrafe.
Darum:
Liefert ab!
Reichsverwertungsamt, Berlin W 8, Friedrichstraße 66.

Kapitalertragssteuer ist die Erträge des Kapitals (Kupon, Dividenden und Hypothekenzinsen um) der Betriebsertragssteuer, die den einer gewissen Mindestbetrag der überschüssigen Gewinne geschäftlicher Unternehmungen erfassen. 5. Die Erbschaftsteuer soll unter Weiterführung der Progression stark erhöht werden. Sie soll auf Abkömmlinge der Ehegatten ausgedehnt werden. Für die Höhe des Abgabensatzes soll nicht nur der Betrag der Erbschaft, sondern auch die Vermögenslage der Erben berücksichtigt werden. 6. Eine besondere Abgabenordnung soll dafür sorgen, daß die zu erfassenden Geleitz auch wirksam gleichmäßig und gerecht ausgeführt werden. Die Veranlagung soll überall in die Hände finanztechnisch besonders vorgebildeter Personen gelegt werden. Soweit nicht schon die neu zu erhebende Steuerermoral zu einer wahrheitsgemäßen Einschätzung führt, soll sie durch staatliche Zwangsmittel unbedingt gesichert werden. Entwürfe zu 1 (Einziehung der Kriegsgewinne) sind bereits fertiggestellt und ihre Veröffentlichung ist angeordnet. Auch die übrigen Maßnahmen sind in Angriff genommen und sollen so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung, Ebert, Scheidemann,
Staatssekretär des Reichsschatzamt Schiffer.

In der Spartakus-Konferenz

wurde, wie wir am Dienstag mitteilten, die Beteiligung an der Wahl zur Nationalversammlung abgelehnt. Rühle erklärte u. a., wenn die Nationalversammlung nach einem anderen Orte Deutschlands verlegt werden sollte, dann würden die Spartakusse in Berlin eine andere Regierung aufrichten. Schließlich wurde mit 62 gegen 23 Stimmen folgender Antrag Rühle angenommen: Die Reichskonferenz des Spartakusbundes lehnt die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung mit Entschiedenheit ab, verpflichtet ihre Anhänger im Reich zur Wahlenthaltung und ruft auf, das Zullandkommen und die gegenrevolutionäre Tätigkeit dieses Parlaments mit allen Mitteln zu verhindern.

Rosa Luxemburg sagte: Wir müssen uns auf eine Periode sehr scharfer Zusammenstöße gefaßt machen. Als erste Richtlinie ergibt sich der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann und Erhebung derselben durch eine proletarische Regierung. Wir müssen die Regierung unterminieren durch einen revolutionären Massenkampf des Proletariats auf Schritt und Tritt. Liebknecht führte aus, die Internationalisierung des Bürgerkrieges ist das, was wir zunächst zu erwarten haben. Radek brachte uns gestern den Brudergruß der Sowjetregierung. Unsere Antwort soll der gemeinsame Kampf des deutschen und russischen Proletariats im Waffentrock gegen den gemeinsamen Entente Feind sein.

Im Paradies der Sowjets.

Ueber die Zustände in Moskau und im Sowjet-Rußland veröffentlicht die große Kiower Zeitung „Kiewskaja Mysl“ unter dem 4. Dezember eine Schilderung eines aus Moskau zurückgekehrten Gewährsmannes. Die Darstellung hat im wesentlichen folgenden Wortlaut:

Vor allem erschüttert das äußere Stadtbild: Alle Geschäfte sind geschlossen, die Kolläden heruntergelassen, die Türen geschlossen, manchmal mit Brettern verrammt. Um zum Beispiel Schreibzubehör zu kaufen, muß man viel Zeit zur Auffindung eines Ladens aufwenden. Der Verkauf wird hauptsächlich auf der Straße betrieben. Es wird mit Kartoffeln zu 3 Rubel 55 Kopeken das Pfund gehandelt, mit Mohrrüben zu 5 Rubel das Pfund, Zwiebeln 6 Rubel das Pfund, mit Pflasterfleisch erster Sorte zu 14 Rubel das Pfund, zweiter Sorte zu 10 Rubel; doch auch für diese Preise ist es schwer, solches zu erhalten. Geringe Löhne 10 Rubel das Stück. Unter der Hand bekommt man Zucker zu 60 Rubel das Pfund, Schwarzbrot zu 12 Rubel das Pfund. Es ist ein fast völliges Fehlen von Fetten zu verzeichnen. Mit Mühe kann man Butter für 70 Rubel, Talg für 60 Rubel das Pfund ergattern.

Die Stadt trägt noch die Spuren der Jahresfeier des Oktoberumsturzes. Auf der Frontseite des städtischen Rathausgebäudes zieht die Inschrift „Religion ist Opium für das Volk“, die denselben Platz einnimmt, an dem früher ein Heiligenbild angebracht war, die Aufmerksamkeit auf sich.

Die Stadt ist angefüllt mit Agenten der den Terror ausübenden „Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution“. Sie sollen nach Tausenden zählen. Um ihre Existenz zu rechtfertigen, sehen sie sich genötigt, zur Provokation ihre Zuflucht zu nehmen. Die Provokation blüht und gedeiht nun in der Residenz der Sowjets. Die Gefängnisse sind überfüllt. Aus Mangel an Raum in ihnen ist das Kommissariat-Kloster in ein Gefängnis umgestaltet worden. Die Atmosphäre ist drückend, auf den Straßen, in der Tramway fürchtet man ein Wort gegen die allmächtige Regierung zu äußern, um nicht auf einen Spitzelagenten zu stoßen und vor die „Außerordentlichen“ zitiert zu werden. Da die Spitzel der Außerordentlichen Kommission in der Hauptache mit „Politik“ beschäftigt sind, so fühlen sich die wirklich verdächtigsten Elemente sicher. Daraus ist zu erklären, daß ungeachtet der Anzahl der Agenten der Kommission eine bewaffnete Bande um 11 Uhr mittags die Zentralfestung ungehindert um 1½ Millionen Werte herausnehmen konnte.

Unruhig ist es auch auf dem Lande. Noch unlängst unterdrückten die Sowjettruppen einen großen Bauernaufstand, welcher die Gouvernements Tula, Kaluga, Rjasan, Wladimir, Twer und die südlichen Kreise des Moskauer Gouvernements umfaßte. Der Aufstand begann am 8. November und ergriff im Laufe von 2 bis 3 Tagen die genannten, einen Ring um Moskau bildenden Gouvernements. Eine besonders starke Bewegung fand im Rjasanischen Gouvernement statt. Die Sowjet-Presse schwatzte natürlich wie gewöhnlich über den Aufstand und erst nach seiner Unterdrückung erschienen in den amtlichen Blättern diesbezügliche Auslassungen. Der Aufstand wurde mit außerordentlicher Grausamkeit erstickt. Die Bauern wurden zu hunderten erschossen, Dörfer, die als Basis des Aufstandes galten, niedergebrannt. Außer den allgemeinen Gründen der Unzufriedenheit mit der Sowjetregierung ist der Aufstand auch folgendermaßen zu erklären: die Bauern sind unzufrieden, daß die von den Gutsbesitzern konfiszierten Ländereien nicht ganz ihnen übergeben werden sollen, sondern teilweise zum Zweck der Gründung von Kulturwirtschaften zur Nationalisierung bestimmt sind. Es regnet unaussäglich Dekrete. Eines der letzten verfügt die Erfassung von Gold- und Silbersachen. Die Pflicht der Feststellungen ist den Hauskomitees übertragen. Von Silbersachen ist zum eigenen

Mutterfreuden.

Roman von S. Salomon.

21. Fortsetzung.

Als dritter Sohn eines reichen Bauern sollte er ursprünglich das Gymnasium besuchen, um dann die Universität absolvieren. Wie er bereits als zwölfjähriger Knabe die Quarta erreicht, starb plötzlich sein Vater am Herzschlag. Der älteste Bruder Fritz übernahm das große väterliche Gut und erklärte, daß die augenblicklichen Verhältnisse nicht dazu angethan seien, den vom verstorbenen Vater geäußerten Wunsch, daß Karl studieren sollte, in Ausführung bringen zu können. Bis zu seinem vierzehnten Lebensjahre durfte er noch die hohe Schule besuchen.

Friedel kam dann aber zu einem ferneren Verwandten, ebenfalls einem Gutsbesitzer, um die rationelle Landwirtschaft zu erlernen.

Sein zweiter Bruder Max hatte auf seinen eigenen Wunsch das Gärtnergewerbe erlernt, wozu er eine sehr ausgeprochene Neigung schon von Kindheit an entwickelte. Als er seine Militärdienstzeit hinter sich hatte, folgte er bald dem Rufe eines reichen Amerikaners, der die Obstkultur in seinem Vaterlande auf höchste fördern wollte.

Dort angekommen, hatte er seine gebiegenen Kenntnisse im Obstbau schon nach einigen Jahren derart mit ungeheuren Erfolgen verwertet, daß man auf den Deutschen aufmerksam wurde und er bald eine sehr gesuchte Persönlichkeit wurde.

So lagen die Dinge, als Karl Friedel sein 18. Jahr erreichte. Die großen Erfolge seines Bruders in Amerika hatten auch in ihm den Entschluß zur Reise gebracht, ungeachtet seiner beginnenden Gesehenspflicht, seinem Bruder zu folgen. Er nahm in innigen Abschied von seiner geliebten Mutter und bald darauf betrat er freudig das Land der Freiheit, wo er mit herzlichster Liebe von Max empfangen wurde. Hier tat sich dem freisinnigen jungen Manne eine neue Welt auf. Alles stieg hier ins Ungeheuerliche, Ungeahnte. Aber mit frischer Kraft arbeitete er unter ständiger Aufsicht seines Bruders sich bald in die neuen Verhältnisse ein, um schon nach Verlauf von sieben Jahren ein hübsches Kapital sein eigen nennen zu dürfen.

Da traf eines Tages unversehens die telegraphische Nachricht ein, daß ihre Mutter sehr schwer erkrankt sei und ihre Söhne noch einmal sehen möchte.

Ohne viel Befinnen machten sich die beiden Brüder sofort bereit, nach Deutschland abzuspringen. Erst auf der Heimreise fiel Karl Friedel seine längst vergessene Militärdienstpflicht in Deutschland wieder ein. Lange beratschlagten sie, was hierbei zu tun sei. Sie konnten jedoch zu keinem Entschluß kommen und wandten sich

um Rat an den Kapitän. Dieser, ein Deutscher, hatte oft dergleichen Fälle zu verzeichnen, und gab ihnen den wohlweisen Rat, sobald sie ihre Mutter gesehen und gesprochen, den Fall sofort der Militärbehörde zu unterbreiten, weil nur dadurch die Strafe für Fahnenflucht unter Umständen eine geringere werden würde. Freilich, die zwei Jahre mühte der Fahnenflüchtige auf alle Fälle doch noch nachzudienen. Andersfalls jedoch könnte er gewärtig ein, bei seiner Inhaftnahme, die sehr wahrscheinlich sei, schwer bestraft zu werden.

In Deutschland angekommen, besaßte Karl Friedel den Rat des Kapitäns, nachdem er noch kurz vorher die Augen seiner innig geliebten Mutter zur letzten Ruhe zgedrückt hatte. Er wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, und da der Fall sehr milde angesehen wurde, kam er mit zwei Monaten Gefängnis davon, wovon ihm ein Monat im Gnadenwege erlassen wurde.

Sein Bruder Max reiste nach kurzem Aufenthalt in Deutschland wieder zurück in seine zweite Heimat, während Karl seinen Monat abtun mußte, um darauf dem Feldartillerieregiment in Straßburg zur Ableistung seiner Dienstpflicht zugeteilt zu werden.

Karl Friedel, der alle ihn betreffenden Dinge mit einer beiderseitigen Ruhe aufsaßte, sagte sich trotz seiner 25 Jahre willig allen Anordnungen seiner Vorgesetzten und wurde als Führer von einem Soldaten von diesen bezeichnet. Er begriff sofort, daß dieses der einzige Weg sei, um allen Unannehmlichkeiten möglichst aus dem Weg zu gehen. An den nötigen Geldmitteln, sich dem Unteroffizier und Sergeanten gegenüber oftmals gefällig zu zeigen, fehlte es ihm ebenfalls nicht, und so führte er in der Kavalerie bald ein ganz erträgliches Leben. Als er dann gar im zweiten Jahre die Gefreidenstufe erhielt, fühlte er sich im Vergleich zum ersten Jahre schon ordentlich begünstigt in den für ihn immerhin bedrückenden Verhältnissen.

Interessant war für ihn, den ganzen Organismus des deutschen Militärkörpers mit eigenen Augen beobachten zu können. Nichts entging seinem scharfen, verständigen Blicke, und so konnte er sich aus eigener Anschauung so manche hübsche Begleiterscheinung des ganzen Drillsystems erklären. Namentlich kammerte er mit der Zeit sehr interessantes Material über die, auch in seiner Batterie häufig vorkommenden Mißhandlungen seitens der Vorgesetzten, wenigstens sich dieselben lange nicht in dem Maßstabe häuften, wie in den anderen Linienregimenten.

So war es namentlich der Sergeant Rünzel, der sich öfter an den Mannschaften tätlich vergriff. Einen kleinen Rippenstoß erlitt er auch jedesmal bei dem betrieblen Versehen, darüber wunderte sich jedoch kein Mensch mehr, das war man bald gewöhnt. Wenn der Herr Sergeant am Sonntag von seiner Braut geärgert worden war, was sehr häufig vorkam, dann ließ er seine kühnste Raune am Montag darauf am den Leuten in ausgiebiger Weise

aus. So manche Ohrfeige kaufte mit mehr oder weniger heftigen Gewalt auf seine auserlesenen Opfer herab. Er nannte das „kameradschaftliche Betuerungen“.

Sobald er auf diese Weise aber keinen Neger losgeworden war, blieb er tagsüber der prächtigste Vorgesetzte, den man sich denken konnte; er konnte dann sogar gemüthlich werden.

Freilich, nach all und jedermanns Geschnack war diese Behandlung nun gerade nicht. Wiederholt hatte schon einer der Mißhandelten gedroht, dem Hauptmann davon Mitteilung zu machen. Aber schließlich wurde es doch unterlassen, weil ein jeder wohl sich für ihn selbst nicht viel dabei heraus kam.

Kapitel 12.

Das Osterfest riefte, von vielen Soldaten heiß ersehnt, immer näher heran. Während den neuen Rekruten nur ausnahmsweise Urlaub zum Feste erteilt wurde, erhielt dafür der zweite Jahrgang solchen schon in größerem Umfange. Räder hatte seinen Freund gebeten, beim Sergeanten einmal vorstellig zu werden, ob er auf Urlaub Aussicht haben könne. Der hatte ihm aber sofort abgeraten, ein diesbezügliches Gesuch zu stellen, da der Hauptmann schon dem Sergeanten gegenüber erklärt hätte, daß von dem neuen Jahrgang niemand auf Urlaub oder höchstens auf drei Tage rechnen könne.

So verzichtete Räder von vornherein darauf, seine Braut zu Ostern besuchen zu können. Fast jeden Tag erwartete er jetzt bestimmte Nachrichten zu erhalten, daß seine Berta Mutter geworden sei. Namentlich beunruhigte ihn der Umstand, daß sie in keinem ihrer letzten Briefe, des Bauern erwähnte, trotzdem er doch annehmen mußte, daß dieser sie bei der nun wohl nicht mehr zu verheimlichenden Tatsache einfach vom Hofe jagen würde.

Seinem Freunde Friedel gegenüber, vor dem er auch nicht das kleinste Geheimnis hatte, schüttete er wieder eines Sonntagnachmittags sein übervolles Herz aus. Es war der letzte Sonntag vor Ostern.

Als sie die Love der Stadt hinter sich hatten, lenkten sie ihre Schritte in das nachgeliegende Gehölz. Mild und weich lagerte eine würzige Luft über dem emporkeimenden Wald. Der glühende Frühling zeigte sich heute in seiner ganzen auffauchenden Pracht. Kein Lüftchen bewegte die emporstrebenden harzreichen Knospen. Dem Erdboden entströmte jener warme duftende Hauch, den nur der wahre Naturfreund voll und ganz empfindet.

Auch die beiden dahinwandenden Freunde fühlten die ganze Frühlingsluft, die hier um sie herum jeder Baum, jeder Strauch, ja jede kleine Knospe ausatmete. Mit wahrer Begierde sogten sie diese lebenspendenden sonnigen Luftstrahlen ein, um sich ganz dem Zauber des sprossenden Waldes hinzugeben.

Fortsetzung folgt.

Gebrauch nur erlaubt zu behalten: Teeglasunterlage, Kaffee-
Messer und Gabeln. Ferner geht jetzt die Requisition von
Schreibmaschinen aller Systeme vor sich. Ein Dekret über die Ab-
gabe von Fahrzählern bestimmter Systeme ist ausgegeben worden,
u. a. m.

So weit der Zeitungsbericht. Wenn auch nur andeutungs-
weise, so ist aus ihm doch zu ersehen, wie es im Sowjet-Rußland
ausieht. Ueber den in dem Bericht erwähnten großen Bauern-
aufstand liegen überdies auch andere Nachrichten vor, aus denen
hervorgeht, daß die Hauptursache der blutigen Vorgänge in dem
rußischen Sowjetland die Requisitionen sind, die die Lebens-
mittel im großen zu beschlagnahmen sich anschickten. Die famose
holländische Konvention, das erhabene Vorbild für Spartakus,
hat bereits die Arbeiterklasse bezwungen, zum Teil
fortzupunkieren und vernichtet, jetzt ist sie auf dem besten Wege, auch
der Bauernschaft daselbst das Los zu bereiten. Glück ihr das, so ist
Rußland endgültig verloren...

Die Lage in Polen.

Von polnischer Seite wird mitgeteilt, daß in einer ge-
meinsamen Sitzung des N. und S. Rates der Obersten Po-
nischen Volksrates, des kommandierenden Generals sowie des
Oberpräsidenten zwischen den Parteien eine Einigung erzielt
wurde, die Gewähr dafür bietet, daß in Zukunft Ruhe und
Ordnung herrschen wird.

Minister Eugen Ernst, der mit Górcze in Polen mar-
schiert, erklärt, daß man sich in Deutschland darüber unbedarft klar
sein müsse, daß sich die Nachverhältnisse in der Provinz
Polen in den letzten Tagen auszuklären der Polen von
Grund aus verhandeln hätten. Jeder alle Fälle von Streit
mehr darüber bestehen, daß Polen und der östliche Teil der
Provinz Polen sich völlig in den Händen der Polen befinden.
In der Stadt Wozien hätte der polnische Stadtkommandant alle
Macht unbeschränkt in der Hand. Unter diesen Umständen
müsse man in Deutschland vor allen Dingen von dem Ge-
danken ausscheiden eine Verhandlung mit den Polen
auf friedlichem Wege zu erreichen. Die Polen hätten sich
gegenüber ausgeprochen, daß sie zwar die volle Macht hätten
die Provinz Polen von Deutschland abzutrennen und mit
Russland und Ostpreußen zu vereinigen, um der
Großpolnischen Staat wieder ins Leben zu rufen, die deutsche
Regierung sollte dabei aber keineswegs vor vollendete Tatsachen
gestellt werden.

Aus den belebten Gebieten.

Gegen den Bolschewismus.

Die Beratungen des Kriegsrates von Versailles mögen
der vergangenen Wochen beitragen die Sicherheitsmaßnahmen
gegen den deutschen Bolschewismus an den Grenzen der be-
legten Gebiete. Es wurde die Verkleinerung der Besatzungs-
truppen der Westfront um vier Divisionen beschlossen. Den
Befehlshabern der Besatzungstruppen wurden besondere In-
struktionen erteilt. „Hammurabi'sches Gesetz“: Im besetzten Ge-
biet sind Sendboten der Berliner Bolschewisten
festgenommen worden. Ihre Abreise ist durch
das Kriegsgericht der Westfront verboten. Weserholten sich die Bo-
schewisten, so werden die Alliierten die Auslieferung der bo-
schewistischen Leitung genau in der Weise, wie sie die Aus-
lieferung des Czarkers von Holland fordern.

Wirtschaftliches.

Kündigung des schwedisch-deutschen Handelsvertrages.

Die schwedische Regierung kündigte den zwischen Schweden
und dem Deutschen Reich am 2. Mai 1911 abgeschlossenen
Handels- und Schiffahrtsvertrag. Der Vertrag tritt mit Beginn
1920 außer Kraft. Die schwedische Regierung erklärte sich
bereit, gleichzeitig in die Verhandlungen wegen provisorischer
Regelung der Handelsverbindungen für die Zeit vom Ablauf
des Vertrages bis zum Abschluß des neuen Vertrages
zutreten.

Weizenüberschüsse in den Exportländern.

Nach amtlichen Feststellungen liegen in den Exportländern
19,5 Millionen Tonnen Weizenüberschüsse zur Ausfuhr bereit. Der
Einfuhrbedarf der europäischen und außereuropäischen Länder
wird auf 14 Millionen Tonnen veranschlagt. Es ergibt sich also
ein Weizenüberschuß an Weizen von 5,5 Millionen Tonnen
und dabei Hunger in der halben Welt. Ueberfluß und Rot, das alte
Bild kapitalistischer Wirtschaft.

Aus der Partei.

Thüringen für die sozialdemokratische Partei. Einer außer-
ordentlichen Konferenz der sozialdemokratischen Partei Thürin-
gens lag ein Antrag der Unabhängigen vor, eine gemeinsame
Liste paritätisch aufzustellen. Jedoch sollten „kompromittierte“
Genossen, wie Cohn-Kreuz, Deinitz-Schütz, Leber-Jena, nicht
von uns aufgestellt werden dürfen. Daves Anwesen wurde mit
30 gegen 12 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung.

Gegen wilde Streiks. Schärfstes Durchgreifen gegen den
Spartakusstreik fordert auch die Bergarbeiterzeitung. Sie
schreibt: Weil die Gesamtheit mit darunter leiden muß, darf dem
selbstmörderischen Treiben der Spartakisten nicht länger tatenlos
zugesehen werden. Unsere alten erprobten Betriebskomitees
müssen im Notfall zur Selbsthilfe greifen. Unter keinen Umstän-
den dürfen sie sich länger von selbstmörderischen Unersinnlich-
keiten lassen, wie es stellenweise geschehen ist. Wilde Streiks
bedeuten jetzt Selbstmord und Wahnsinn. Wer dazu auffordert,
muß gestellt und zur Verantwortung gezogen werden.

An die geistigen Arbeiterinnen!

Geistige Arbeiterinnen! Wir wenden uns an Euch, die Ihr
bisher uns noch fern standet. Eure Not ist nicht minder groß als
die der Handarbeiterinnen. Aus falschen Vorurteilen heraus
haben die meisten von Euch bisher jede politische Tätigkeit ab-
gelehnt. Ihr habt wenig Verständnis für Organisationsfragen
gehabt. Ihr werdet in Euren Bemühen letzten Eures Lehrens
entsprechend bezahlt. Die Lehrerinnen, die Schauspieler-
innen, die Künstlerinnen, die Publizistinnen,
die Hauswirtschaftlichen, die Buchhalterinnen,
die Handlungsgeschäftlichen, wie hier war
ist ihr Kampf um das tägliche Brot! Und wie habt Ihr geistig
Not gelitten! Was hat Euch Steine in den Weg geworfen, was
hat Euch nur heute, bei Euch nur nach schweren Kämpfen einbringen
lassen in die Bewegung, die als Vorreiter der Arbeiter angetreten
werden. Jetzt weiß doch, daß die Bewegung der Arbeiter...

Juristen, von Pfaffen, den Mann der Wissenschaft in ihre Be-
zahlen Lohnarbeiter verwandelt. Und was seid Ihr anderes,
Ihr geistigen Arbeiterinnen? Der frühere Staat, der Klassen-
staat, hat die Entfaltung Eurer geistigen Kraft gehindert und
Euch mit den Vorurteilen Eurer Geburt getrübt. Diese Vorurteile
aber haben nie gehindert, daß man Euch wohl Pflichten, niemals
aber Rechte gab. Der Klassenstaat hat Euch geistig hungern
lassen, gab Euch oft aber auch nicht die Möglichkeit, Euch satt
zu essen.

Auch eure Ketten will der Sozialismus zer-
reißen. Auch Ihr müßt helfen, daß aus dieser Revolution der
Vollstaat hervorgeht, der allen Menschen Freiheit bringen will.
Auch Ihr müßt helfen, daß Männer und Frauen ge-
wählt werden, die im Sinne des Sozialismus lämp-
fen gegen jede Ausbeutung, jede Unterdrückung. Auch
Ihr müßt überall dahin gehen, wo man die Ziele des Sozialis-
mus noch nicht kennt. Wir rufen auch Euch zur Mitarbeit auf
und bitten Euch um eure Hilfe, die dringende Notwendigkeit ist,
wenn der Vollstaat, der allen Tüchtigen freie Bahn schaffen will,
bestehen und gedeihen soll. **Anna Bloß (Stuttgart).**

Staatsfinder.

Ein Vorschlag zur Bevölkerungspolitik im neuen Deutschland
Von Dr. Max Hirsch in Berlin.

Mit der Möglichkeit, welche allen revolutionären Gewalten
gegeben ist, hat der Vorkurs der Staatsverfassung in Deutschland
den Verhandlungen über den Geburtenrückgang und über die
Mittel zur Hebung der Geburtenzahl vor der Öffentlichkeit ein
Thema bereitet. Nur in wissenschaftlichen, sozialökonomischen,
juristischen und nationalökonomischen - führen sie
in wenn auch verschiedenen Dialekt als vordem. Mag sein, daß
die Mehrheit der Äußerungen die Gedankenwelt vor sich noch
beherrscht, daß für Besprechung spezieller Fragen, wie der der
Bevölkerungsbewegung, Zeit und Kraft vorerst nicht frei gewor-
den sind. Wahrscheinlich aber liegt die Ursache in der jüdisch-
christlichen, aufstrebenden Empfindung, daß die Völkern, in wel-
chen sich die Diskussionen über dieses Thema vor und während des
Krieges bewegten, den neuen Verhältnissen nicht mehr angeeignet
sind. Der Zusammenbruch der militärischen Macht Deutsch-
lands und die Befreiung der auf Monarchie und Kapitalismus
gegründeten Herrschaft durch die soziale Revolution haben in die öf-
fentliche Meinung über menschliches Leben und wirtschaftliche
Verhältnisse einen neuen Geist hineingebracht, welcher auch auf die An-
sicht über den Wert der Bevölkerungspolitik revolutionierend
wirken muß und der Diskussion des Geburtenrückganges, neue
Wege weist.

Zwei Richtungen standen sich vordem kämpfend gegenüber.
Die eine hatte sich zum Ziel ihres bevölkerungspolitischen Stre-
bens die Zahl gesetzt. Die Volkszahl in die Höhe zu treiben
sollte ihr als unumstößliche Forderung, damit Deutschland in der
Zukunft seinen Platz unter den Völkern der Welt durch mili-
tärliche und wirtschaftliche Überlegenheit zu behaupten. Diesem
Ziele ordnete sie das Recht der Bevölkerung, das Mittelbestimm-
ungswort der Frau über die ureigenste Angelegenheit des Kör-
pers und der Seele und manche andere tiefmenschliche Forderung
menschlichen Lebens. Sie operierte mit Strafgesetzen und poli-
tischen Verordnungen, ungeachtet des Unheils, welches gerade
diese anzurichten geeignet sind.

Die andere Richtung vertrat zwar durchaus nicht den
Wert einer starken Volkszahl, aber sie wollte diese nicht um jeden
Preis erzwungen wissen. Sie verlangte rationelle Fortpflan-
zungsmotivation und Fortpflanzungsauslese unter Berücksichtigung
körperlicher und geistiger Eigenschaften und unter Inanspruch-
nahme der wirtschaftlichen Kraft des Einzelnen. Sie forderte die Ein-
ordnung dieser drei Faktoren in die Rechtspflege und in die ge-
samte Bevölkerungspolitik und verfocht somit gewissermaßen
das soziale Gewissen in ihr.

Hätte die durch die ungeheuren Verluste des Krieges ins Un-
gemessene gewachsene Furcht vor der künftigen militärischen
Schwäche Deutschlands es zu Wege gebracht, daß jene erste nur
auf die Quantität eingestellte Richtung den Sieg davontrug, so
würde im neuen Deutschland für sie kein Platz und kein Bedürfnis
mehr vorhanden sein. In kriegerische Kraftmessung mit anderen
Völkern ist in Generationen kaum zu denken. Möglich auch, daß
ein Völkerverbund sie für alle Zeiten unnötig macht. Das Wirt-
schaftsleben aber liegt so entzweit und zerfallenen am Boden,
daß ein durch die Autorität des Staates erzwungener Bevölkerungs-
auftrieb nicht nur ein ökonomischer Fehler, sondern auch
eine unethische Forderung wäre.

Wenn es den am Werke befindlichen Kräften des Volkes
Gerechtigkeit aufzubauen, so besteht nach dieser Richtung keine
Gefahr. Diese Gefahr besteht um so weniger, als in Zukunft
nicht mehr der Mann allein vom hohen Richterstuhl aus mit der
ganzen persönlichen Unbedürftigkeit derer, die nichts hergeben,
sondern nur fordern, Bevölkerungspolitik treiben, sondern die
Frau in dieser ihrer ureigensten Domäne ein gewichtiges Wort
mitsprechen wird.

Auch im neuen Deutschland wird der Schutz des menschlichen
Lebens - des ungeborenen, wie des ungeborenen, wie auch des
noch im unentwickelten Keime ruhenden - eine der wichtigsten
Aufgaben der öffentlichen Fürsorge sein. Hunderttausende von
menschlichen Keimen gehen jährlich der Allgemeinheit verloren.
Die meisten, weil wirtschaftliche Not ihre Menschwerdung verhin-
dert. Viele sind unter ihnen, welche unter günstigen äußeren
Bedingungen alle Aussichten haben würden, wertvolle Glieder
des Volkes zu werden. Tausende auf der anderen Seite werden
geboren, körperlich sich schon im Mutterleibe und mit allen Zei-
chen geistiger Minderwertigkeit in früher Kindheit. Tausende
auch gehen zugrunde, nachdem sie geboren sind, am Wohnungs-
mangel und Nahrungsmangel. Die Schwachen zu verhüten und die
Tüchtigen zu gewinnen und zu erhalten, wird die bevölkerungs-
politische Aufgabe des neuen Deutschlands sein.

Ungeheurer schweren Zeiten geht Deutschland entgegen. Es
bedarf keiner Prophezeiung, um vorauszusagen, daß die Luft
der Eheleute, Kinder zu zeugen, durch den politischen Nieder-
bruch und die wirtschaftliche Ausbeutung weitere Einbuße
erleiden wird. Zunehmender Erwerbszwang und Verschlechterung
der Existenzverhältnisse der Arbeiter aller Schichten des Volkes wird
den unehelichen Geschlechtsverkehr mit seinen natürlichen Folgen
begünstigen. In diese Rote muß der Staat eingreifen. Und zwar
mit einer großen List. Die Last der Anzucht wird in weit un-
fassenderem Maße als wir es bisher gewohnt haben, von der All-
gemeinheit getragen werden müssen. Schwangerenunterstützungen,
Wohngeldzuschüsse, Stillgebühren und Kinderprämien sind lächerliche
und unwirksame Almosen. Der soziale Staat darf sich ihrer nicht
bedienen, sondern er wird bereit sein müssen, die Anzucht selbst zu
übernehmen. Nicht nur das leibliche Leben, sondern auch die
werdende Mutter muß in den stillen, rechtlichen und wirtschaft-
lichen Schutz des Staates treten. Mutter und Kind - im Werden
und in der Vollendung - müssen zu einer Angelegenheit der
Allgemeinheit werden. Die kommenden Generationen dürfen nicht
mehr nur Kinder ihrer Eltern, sondern auch Volkskinder -
Staatskinder sein.

Wer, Mann oder Frau, aus irgend einem Grunde, nicht in
der Lage ist, das erwartete oder schon vorhandene Kind zu er-
nähren und zu erziehen, dem soll die Möglichkeit gegeben sein, es
der Allgemeinheit, dem Staate zur Anzucht zu übergeben. Findel-
häuser sind überflüssig. In sozialer Staats darf es Findlinge
überhaupt nicht geben.

Kindeserziehung und Muttererziehung gibt es zu schaffen. Die Or-
ganisation ist nicht schwer. Leichterem als Schiffer gibt es in
dieser Welt kein Kind. Es ist die ungeliebte Sum-

meint, mit denen wir im Kriege zu rechnen gewöhnt sind, wird
Aufwand auch nicht entfernt heranziehen. Und dieses Geld brin-
gen in Gestalt lebendigen Kapitals.

Wenn im neuen deutschen Volksstaat die Sozialisierung
Angriff genommen wird, so darf das wichtigste Gut im wirt-
schaftlichen Betriebe, das menschliche Leben, nicht vergeß-
werden.

Aus Nah und Fern.

Die Diebstähle im Berliner Schloss. Der Chef der Arminen-
abteilung, der Volsmarine-Division Jürgensen, teilte Press-
vertretern mit, daß er allein etwa 500 Diebe abgefaßt und d
Besetzung ausgeführt habe. Im ganzen sind Werte in Höhe von
6-7 Millionen Mark verloren gegangen.

Die Berliner Kaffeekaufleute sind am Silvesterabend
den Ausfall getrieben, nachdem die Besitzer des Ultimatum
des Kellnerverbandes abgelehnt hatten. Etwa 3000 Kellner
Berliner, geführt von der Lokalkommission des Kellnerverban-
des, schickten am Silvesterabend, um die Kellner des Be-
triebes zur Niederlegung der Arbeit zu zwingen, sie ihnen nicht
lang. Sie zogen ab, nachdem der Generaldirektor sich mit ihnen
Beratungen im Grunde einverstanden erklärte. Später dränge
etwa 500 Kellner in das Kasino Trocadero in der Friedrich-
straße ein, um die Kellner zur Niederlegung und vernünftigen Löh-
nen und Weinnormen, weil der Inhaber ihre Forderungen ablehnt.
Der Inhaber schloß sein Lokal, nachdem er seine Angestellten en-
lohnt und entlassen hatte.

Schwindel in Groß-Berlin sind jetzt an der Tagesordnung.
So erschienen bei einem Zahlmeisterstellvertreter in Schöneberg
zwei Soldaten, die sich als Baufratzen des Arbeiters und Solda-
tenrates vorstellten und beschlagnahmen 15 500 Mark bares
Geld und für 500 Mark Lebensmittel: Kaffee, Zucker, Rüh-
eier und Mehl. Eine Frau in der Spandauer Straße wurde
von zwei Matrosen heimgeführt. Der eine trug ein Gewehr und
drohte der Frau mit Erschießen, wenn sie Lärm schlagen würde.
Die beiden nahmen 2500 Mark bares Geld, einige Lebensmittel
und einen Lederkoffer mit. In Charlottenburg trat ein falscher
Arminenbeamter mit einem Reichsbankbeamten auf. Er be-
schlagnahmte eine Frau der Herausgabe 10000 Mark Geldes und be-
schlagnahmte 6000 Mark. Die Frau weigerte sich aber, das Geld
herauszugeben. Sie erklärte, sie wolle das Geld selbst an die
Stelle abgeben, wofür sie gebacht werden solle, und beschlagnahmte
die angebotenen Beamten. Damit hatten diese nicht gerechnet.
Als sie ihren Plan durchzuführen sahen, verstanden sie unterweg
und entliefen. Gestohlene Ringe wollte ein falscher Sicherheits-
beamter beschlagnahmen, der bei einem Produktenhändler er-
schien. Der Händler zeigte ihm seine eigenen Ringe und sonstige
Schmuckstücke, die der Soldat mit der Brieftasche, die 700 Mark
enthielt, beschlagnahmte.

Mutter und Kind von der Eisenbahn überfahren. Auf der
Reise zu den Eltern ist in Jülich ein 14-jähriges Mädchen
Stolze aus Dessau mit ihrem Kinde tödlich verunglückt. Die Frau
war mit dem Berliner Sanitarie aus Dessau in Jülich ver-
unglückt. Auf dem Bahnhof fliegen mehrere Kofferstücke
folgte der Überfüllung des Zuges nach der falschen Seite aus. In
denselben Augenblick saß auf dem Nebengleise ein von Frankfurt
a. D. kommender Zug heran. Während die übrigen Passen-
gen rechtzeitig zur Seite traten konnten, wurde Frau Stolze
mit ihren 14-jährigen Sohn auf dem Arm und daneben noch Ge-
wehrt trug, von der Lokomotive erfasst und überfahren. Mutter und
Kind wurden tödlich zerfleddert.

Ein Doppelmörder als Maske. Grauenhafte Gefähr-
nisse und ekelregende Enthüllungen hat im Dresdener Unter-
suchungsgangnis der vor einigen Tagen eingelieferte Doppelmör-
der Alfred Söhler aus Leipzig gemacht. Der Doppelmörder
hat Mitte Dezember in Eisenburg (Sachsen-Altenburg) einen
Militärposten meuchlings erschossen und wenige Tage darauf in
Dresden eine Straßenbahnfahrerswitwe beraubt und ermordet.
Der gefähliche Doppelmörder entpuppte sich jetzt als - ein
„Maske“ und macht über diese seit längerer Zeit ausgeübte Tätig-
keit folgende grauenhafte Enthüllungen: In den Monaten No-
vember und Dezember habe er sich oft durch Erbrechen der Türen
Eingang in die Abdeckerie in Eisenburg verschafft. Dort wurden
viele Kadaver von verendeten Pferden, Schafen,
Ziegen, Hunden, Kindvieh usw. eingebracht. Aus diesen
Kadavern, die meistens schon in Fäulnis übergegangen
seien, habe er die „besten“ Stücke herausgeschnitten und nach
Leipzig transportiert. In Leipzig habe er einen Schwung-
hafften Handel mit „marinfreiem“ Fleisch getrieben. Man
habe ihm für das „Maske“ hohe Preise geboten und für das
Pfund „Rindfleisch“ 15 Mark gezahlt. Die „besten Stücke“ aus
den verendeten Tieren seien in die Küchen reicher Bürgerfamilien
gewandert, „minderwertige“ Fleischteile habe er auch zu „Wurst“
verarbeitet. Fleisch von freizierten Hunden habe er als „artra-
feines Rindfleisch“ zu hohen Preisen verkauft. Als man die Ein-
tritte endlos habe, habe man die Abdeckerie durch einen Hund
und einen Militärposten bewachen lassen. Beide „Wächter“ habe
er erschossen.

Kranzpreise in Rheinhessen. Im westlichen Teil
der Provinz Rheinhessen hat der Kommandant des Kreises Alzey
Hochpreise folgende Art festgesetzt: Ochsenfleisch 180 Pfund
2 Mk., Schweinefleisch 1,80 Mk., Kalbfleisch 1,80 Mk., Pferde-
fleisch 1 Mk., Blutwurst und Sülze 2 Mk., Hühnerfleisch 1,50 Mk.,
eine Gans lebend 19 Mk., das Stück, eine Ente 11 Mk., das Ei
35 Pfg., Butter 5,50 Mk., das Pfund, Milch 45 Pfg., das Liter, der
Lohn Roggenbrot zu 2200 Gramm 1 Mk., Bier 40 Pfg., das Liter,
gewöhnliche Weine 4-5 Mk., bessere Sorten 10-12 Mk., das Liter.

Papstliche Diebstahls. Der Papst hat dem Magistrat von
München 5000 Pakete mit Fleischkonserven und Schokolade zur
Verteilung an die Münchener Armen überwiesen.

Erschossene Räuber. Auf dem Bahnhof in Endebred
(Weiß) wurden in letzter Woche schwere Diebstähle ausgeführt,
wobei Sachen im Wert von mehreren hunderttausend Mark in
Verlust gerieten. Am Weihnachtsabend gelang es, eine Diebes-
bande von 29 Personen im Altenbühnen Zug zu stellen und zu
verhaften. Nachts faßte man noch einen Räuber ab. Als er auf
Anruf nicht stehen blieb, wurde er erschossen. Es war ein Sohn
achtbarer Eltern von Endebred.

Warenhausbrand in Mailand. Das größte Mailänder
Warenhaus Bruder Boccio wurde durch einen Brand zerstört.
Der Schaden beträgt 15 Millionen Lire. Wahrscheinlich liegt
eine Brandstiftung vor.

Ernährungsschwierigkeiten im Gefängnis. Das Amtsgerichts-
gefängnis in Auen, das in den letzten Wochen mit Personen
überfüllt war, die wegen Raubtaten auf dem platten Lande fest-
genommen worden waren, ist wegen Ernährungsschwierigkeiten
geschlossen worden.

Bürgertafel.

Als überflüssige Staatsbürger sind angenommen und verurteilt:
Schiffszimmermann Anderson, Bergmeister Arnolds, Träger
Zehrens, Büchsenmacher Bömer, Apotheker Büttger, Müller-
besitzer Doh, Fuhrmann Dwingler, Auktionshagen, Ober-Telegra-
phenassistent Howe, Arbeiter Jøbenhavn, Eisenbahndiener Kähler,
Kaufmann Knabjohann, Stationswärter Kost, Kolonialwaren-
händler Kreuzfeld, Geschäftsführender Krüger, Bureaugehilfe
Lewitz, Brotfruhmann Müller, Regierungsbaumeister Mühlbradt,
Arbeiter Ostrowski, Bootsführer Peters, Heizer Raal, Maschinen-
führer Direktor des Rathhausbaus Prof. Dr. Rosenthal, Säp-
penvorsteher Schmidt, Schloßhergehilfe Wähler, Lehrer a. D. Weber.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Gedruckt in Berlin.